

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementsspreis pro Quartal M. 1 (ohne Beifüllg.),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Vert. F. Baeplow, Hamburg.  
Reaktion und Expedition:  
Hamburg 5, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Berlin-Anzeigen  
für die preußischen Polizei- und deren Raum, 30 L.  
Zeitungspreissliste Nr. 2338.

Inhalt: Betrachtungen über Volksbildungswesen. — Die Wohnungsfrage. — Aus dem Reichstage. — Maurerbewegung. — Kreis, Ausschüsse, Maßregelungen. Jahresberichte der Bauvorstände: Bau Stuttgart. Besammlungen und sonstige Bewegung. Zur Abwehr gegen die „christliche“ Agitation in Österreich. — Krautkassen. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbeleichtstiftung und Arbeiterversicherung. — Eingegangene Schriften. — Briefstos. — Centralverband der Maurer. — Centralkassenkasse. — Anzeigen.

gerufen. Schärfung der Sinne, praktisches Denken und geistreiche Schaffen sollen eine Hauptfach sein. Der Ausbildungsbaukasten in der Schule sei jetzt meist nichts anderes als Sprachunterricht. Das Wort werde stets zu sehr betont, das praktische Denken bleibe zurück. Nicht für einen Beruf, nicht für eine Konfession, nein, Menschen sollte man erziehen. Der Unterricht muß mehr in Beziehung zum Leben gebracht werden.

Dazu der obligatorische Fortbildungsbaukasten, über den wir uns ebenfalls in den oben erwähnten Artikeln ausgesprochen haben. Hier mögen noch einige weitere Bemerkungen zu diesem wichtigen Thema Platz finden.

Der Fortbildungsbaukasten muß ein besserer, gründlicherer, umfassenderer werden, als er jetzt ist, und er muß auf höhere Zielle gerichtet sein, als ihm bis jetzt gestellt sind. Zieht es nur fakultativ und dabei im Allgemeinen und in der Hauptschule leider fast überall noch ein Ungleichgewicht gegen die Rücksicht auf die Kinder in der Volksschule genommen. Was sie nicht erreichen könne, eine genügende Ausbildung in den Elementarfächern, das soll die Fortbildungsschule nachholen, wenn die jungen Leute bereit sind, sich einem Beruf gewidmet haben, in die Lehre eingetreten sind. Die aus der Volksschule entlassenen Kinder müssen mit einem höheren Maße von Kenntnissen und Fähigkeiten in die Fortbildungsschule eintreten, als es jetzt der Fall. Und entsprechend muss das Fortbildungsschulwesen reformiert, auf eine höhere Stufe gebracht werden. Was man in gewissen „mähgabenden“ Kreisen unter Reform auf diesem Gebiete versteht, zeigt die Thatsache, daß Geistliche und ihr Anhang mit dem Verlangen her vor treten, den „Religionsunterricht“ obligatorisch in die Fortbildungsschule einzuführen. Hierzu brauchen wir noch alleben, was wir über den „soziethischen Wert“ des Religionsunterrichts schon gesagt haben, nichts mehr zu bemerken.

Doch auch die Mädchen des Fortbildungsschulunterrichts heilhaft werden, daß derselbe ein mindestens dreijähriger zu sein hat und an Wochentagen während der Arbeitszeit zu erhalten ist, dürfen wir wohl als durchaus selbstverständliche erachten. Wir können uns auf die Bemerkung beschränken, daß für die Mädchen das dafür Bedürfnis für Fortbildung besteht, wie für die männliche Jugend, daß die Zeit vom 14. bis 17. resp. 18. Lebensjahr für die Entwicklung eines Menschenlebens von großer, oft entscheidender Bedeutung ist, und daß für eine gehobne, harmonische Entwicklung während dieser Zeit der Fortbildungsbaukasten um so mehr sich bemühen muß, als sich aus dem mehr oder weniger vom kapitalistischen Ausbildungssystem beherrschten Lehr- resp. Arbeitsverhältnis der jungen Leute so viele ungünstige Einflüsse ergeben. Der Erziehung des Unterrichts am Wochentagen und während der Arbeitszeit widerstreben heute nur noch vornierte Künstler, die für sich das Recht der Lehrlingsausbildung in Anspruch nehmen. Alle einstündigten Unternehmer pflegen dieser Einsicht bei, die denn auch hier und da bereits besteht. Wenn jugendliche Arbeiter sich — und im Handwerk oft in übermäßiger Weise — in der Werkstatt usw. abgemüht haben, wenn sie müde und abgemattet in die Fortbildungsschule kommen, sind sie unfähig zu wissenschaftlichem Lernen.

Auch auf das Gebiet der Hygiene hat sich die Schulreform zu erfreuen. Da ist in erster Linie ein Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder durch die Gesetzgebung zu verfolgen. Was bis jetzt die Schule der Kinder gegen das Zweck der Schule widerstreitende gesetzliche Ausbeutung der Kinder gesetzlich oder behördlich verordnet ist, und was den jetzt dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf betrifft, die Vergrößerung der erwerbsfähigen Kinderarbeit anstrebt,

ist nicht ausreichend. Die Beschäftigung der Kinder in nicht gesundheitsschädlichen Betrieben soll vom zwölften Lebensjahr der Kinder ab bis zum Höchstbetrag von vier Stunden täglich gestattet sein. Die Kinderarbeit in der Landwirtschaft wird nicht angetastet. Den Eltern bleiben für die Ausnutzung ihrer Kinder in der Hausindustrie Vorrechte eingeräumt usw. usw.

In welch erheblichem Maße die Frage des Verbots der gewerblichen Kinderarbeit eine Schulfrage ist, hat in erster Linie mit die deutsche Behrensfahrt einzumünzen, die ja die aus dieser Arbeit resultirende geistige und körperliche Verkümmierung der Kinder am besten zu erkennen im Stande ist. Dem gerade in der Schule äußert sich die schlimmen Wirkungen am deutlichsten und am scharfsten.)

Die Deutsche Behrenversammlung zu Breslau 1898 erklärte in einem Beschluss: Vom pädagogischen Standpunkte aus sei jede mit Ausbeutung der Kraft der Kinder verbundene Arbeit zu verbieten und die vollständige Beseitigung dieser Arbeit während des schulpflichtigen Alters sei zu streben.

## Die Wohnungsfrage.

### III.

Doch das Enteignungsrecht reformbedürftig ist erkannt; selbst die preußische Regierung an, die in den Stat 1898 einen Dispositionsfonds für den Erwerb von Grund und Boden für Eisenbahngüter eingestellt und diese Förderung folgendermaßen begründet hat: „Die Richtigkeit eines solchen Fonds ergibt sich vor Alem aus dem Schmächen unseres Eigentumsrechtsgeistes, zu dessen Befreiung wir hoffentlich bald kommen werden. Aber so lange wir dies nicht haben, ist es doppelt nötig, einen solchen Fonds zu besitzen, um dem politischen Indienhoffreihen bei Gelegenheit von bevorstehenden Eisenbahnbauteilen entgegenzuwirken und unmittelbar die Grundstücke unter der Hand zu erwerben.“

Die preußische Regierung will also mit einem verbesserten Enteignungsgesetz dem Bodenwucher begegnen. Ist dies geboten rücksichtlich der Eisenbahnbauteile, um wie viel mehr rücksichtlich des Wohnungswesens, wo nicht nur finanzielle Interessen, sondern eine Gefahr der wichtigsten Kulturinteressen, vor Alem die Gesundheit und Sittlichkeit des Volkes in Frage kommt.

Was der Bodenwucher zu bewirken vermag, dafür nur einige Beispiele: Für Berlin ist berechnet worden, daß sich in dem vierzägigen Zeitraum von 1882 bis 1894 der durchschnittliche Haferversicherungswert, welcher den Bodenwert repräsentiert, nur um das 2/3 höher gehoben, hingegen der veranlagte Mietzwert der Grundstücke verdreifacht hat.

Für das Grundstück, auf welchem das Berliner Gewerbeamtshaus errichtet ist, betrug der Kaufpreis im Jahre 1849 circa M. 21 000, im Jahre 1898 hingegen M. 535 000 — also eine Verdopplung um das Doppelte in achtzig Jahren! In Frankfurt a. M. wurde festgestellt, daß bei 110 Wohnhäusern, an denen nur geringe oder gar keine baulichen Veränderungen stattgefunden hatten, die von 1842—1894 erfolgte Wertsteigerung zwischen 100 und 681 % betrug. Es sind das durchweg Häuser mit kleinen und mittleren Wohnungen.

Dieselbe Erscheinung ist in allen anderen Großstädten zu beobachten.

Überall haben kapitalistische Spekulanten resp. Kapitalistische Konföderation in den Großstädten und deren nächster und weiterer Umgebung so viel Grund und Boden wie nur immer möglich, aufgetaut, um ihn zu geeigneter Zeit mit

\*) Conrad, Agard: Die Kinderarbeit, Hrsg. Geno 1902.

\*) Seidel: Sozialpädagogische Streitschriften, Hamburg 1887.

sozialistischem Prost zu bewerben. Staat und Gemeindeverwaltungen sind in eindrücklichem Maße verpflichtet an diesem, das gemeine Wohl ungeschädigend, geradezu verbrecherischen Unterfangen, indem sie durch Abgabe von Grund und Boden an die Spekulation deren wucherischen Treiben gefordert haben. Diese Sünde rächt sich schwer und immer schärfer! In der Gemeinde kommt sie hauptsächlich auf Mietung der Haushalte und Grundbesitzverträgen, welche in der Gemeindeverwaltung und Vertretung möglich sind.

Noch geltendes Recht ist die Regelung des Entnahmestichtags dem Eingangsstadt vorbehalten. Wir fordern, daß die Reichsgesetzgebung dieses Recht festigt im Rahmen eines Reichs-Wohnungsgefeches. Durch dieses Gesetz sind die Gemeinden — und zwar nicht im Sinne der öffentlichen Armenpflege, sondern lediglich im Sinne der Vernunft und Gerechtigkeit — zu verpflichten, unter ausgiebigster Benutzung des Expropriationsrechts ihre Angehörigen ausreichend mit guten und gesunden Wohnungen zu versorgen und zwar unter Vertheidigung des Reichs-Lazarettensystems. Jede Gemeinde ist zu ermächtigen, die innerhalb ihres Territoriums belegenen, bebauten und unbebauten Grundstücke — und zwar sowohl die, im fälligsten als die im Privatbesitz befindlichen — so weit sie für Wohnungszwecke gebraucht werden, nach dem natürlichen und örtlichen Extrabedarf zu expropriieren. Mangelt es der Gemeinde dazu an den nötigen Voraussetzungen, so hat der Staat dieselben unter billigen Bedingungen zu beschaffen.

Der Parteitag der Sozialdemokratie zu Lübeck 1901 weist in der von ihm beschlossenen Resolution, betreffend die Wohnungsfrage im Zusammenhang mit der Förderung eines Reichswohnungsgefeches, der Gemeinde folgende Aufgaben zu:

- a) Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung von Grundbesitz;
- b) Errichtung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeitersklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstostenpreise. Sicherstellung der Mieter gegen jedes Abhängigkeitsverhältnis von der Gemeinde;
- c) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsschaffung und Vermittelung der Wohnungsbewilligung;
- d) Verbesserung der Bauordnungen.

Die Resolution des Lübeder Parteitages enthält noch Folgendes:

In der Tätigkeit der Bau-Genossenschaften, soweit sie auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums eingerichtet sind und keinen Spekulanteneffekt vorstellen, erachtet der Parteitag eine zeitweilig nützliche Erörterung der von den Gemeinden, Städten und dem Reich zu ergreifenden Maßnahmen zur Einbindung der Wohnungsnachfrage; der Parteitag warnt aber vor einer Überschätzung der Bedeutung der Bau-Genossenschaften.

Die Gewährung öffentlicher Mittel zum Bauhaus an Privatpersonen oder Gesellschaften für den Bau von Arbeitervorhungen im Unternehmensinteresse oder zum Ueberegang in privaten Besitz ist zu verhindern.

Wohltätigkeitseinrichtungen, auf dem Gebiete des Wohnungsbaus sind zu verwerfen.

Herstellung von Arbeitervorhungen durch Arbeitgeber für ihre Arbeiter bringt diese in die schlimmste Abhängigkeit und schafft die größte Gefahr für ihre politische und soziale Selbstständigkeit.

Allerdings, keine Überschätzung der Bau-Genossenschaften, aber auch keine Unterdrückung!

#### Aus dem Reichstag.

Berlin, 21. Februar.

Der Reichstag war auch in der letzten Woche nicht beschlußfähig. Am Dienstag hielt der sozialdemokratischen Abgeordneten Sachse und Sudek längere Reden. Sachse sprach hauptsächlich die Arbeiterschaftlichkeit in den Bergwerken, das Rauchgeld- und Schafanstreben seitens der Belegschaften, die Wirkstände in den Betriebsverhältnissen der Knapphofschaften und die Gefahren der Zigarrenfreiheit, die durch ungarnische und galizische Arbeiter eingeschleppt worden ist und infolge Mangels lanttmässiger Erziehung im Buchdrucker einen bedenklichen Charakter angenommen hat; wurden gleichfalls eingehend von unseren Genossen dargestellt. Sudek vertrat jedoch, daß die Notwendigkeit des Sozialrechts für die landwirtschaftlichen Arbeiter und wie unter Anderem darauf hin, daß Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne viel wirksame Mittel gegen die Unruhen seien, als alle reinlichen, gesetzlichen Maßnahmen. Einen Ordnungsratszug der Redner stellte an, als er bei Befragung der Verordnung für Viehgelehrten die Verhängung von mindesten Geldstrafen für Brüder der Unternehmer als Klosterjustiz charakterisierte. Die Verordnung, die als Arbeiterschule kaum zu bezeichnen ist, läuft übrigens am 21. Dezember dieses Jahres ab, und der Staatssekretär hat nichts darüber mitgetheilt, ob sie erneut werden soll. Als Vertreter der Befragung der Landespolizeibehörde, für den Genosse Sudek an: Am 8. März 1902 erschien die Sozialrechtsordnung in Berlin das Polizeipräsidium, endlich die neuaufländige Rücksicht durch amtliche Verordnung in Berlin einzuführen. Das Blattwerk erfolgte nicht, dagegen wurde die

der Gastwirtschaftsinnung überreicht mit der Aufforderung, sich darüber zu äußern. Am 21. Dezember bestimmten sich die Gastwirtschaftsgesellen beim Oberpräsidenten. Aber bis heute ist noch keinerlei Antwort erfolgt. Nachdem ist es den Berliner Gewerkschaften ergangen, die am 17. Januar 1902 an den Reichslandtag eine Eingabe richteten, er möge ihnen Mittel zur Unterstützung ihrer Arbeitlosen überreichen. Erst am 19. Juni 1902 erfolgte ein Bescheid, dahingehend, daß Mittel zu diesem Zweck dem Reichslandtag nicht zur Verfügung ständen. Die Ausführungen Sachse's brachten den sozialistischen Geheimrat Dr. Hirsch auf die Beine. Der Herr hatte angeblich ein recht großes GuV mit unsarem Genossen zu pfänden. Natürlich mußte der Regierungssprecher die Bergarbeiterverhältnisse in rosigem Farben schmücken. Ein preußischer Geheimer Oberberater mühte sich derselben Ausgabe unterzuhören. Von Reden aus dem Hause wußte der Konfessorialrat Dr. Stodmann an die "außerordentliche Führsorge" der Sozialberater zu röhnen. Trotz der großen Röth der Landwirtschaftsförderung seien die Löhne der Landarbeiter in den letzten 80 Jahren ständig gestiegen. Das Sozialrechtsrecht sei ein ganz überflüssiges Ding, wohl aber sei die Bestrafung des Kontraktbruches seitens der ländlichen Arbeiter notwendig. Die Rebe des konserabilen Konfessorialrats Lang in einer Verherrlichung des Kriegervereins aus: „an diesem festen Tals sollen sich die Bogen der Sozialdemokratie brechen.“ Für die Einführung des Geschäftigungsnaumes legte der Rentzums-abgeordnete Euler eine lange ein. Ein weiterer Vertreter des Beschäftigungsnachweises kam am Mittwoch in der Person des Abg. Sachse-Lippstadt (8.) zum Wort, der übrigens, wie es nun ist, läudiger Staub ist, als alle Parteien zum Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie antrief. Außer einer Polemik des Abg. Grüger (fr. Sp.) gegen verschieden sozialdemokratische Redner in Sachen Konsumvereine und Gastwirtschaftsordnung brachte der Tag eine schärfere Kontroverse zwischen dem bekannten "Arbeitsverblinder" Stöder und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Reichhauß. Wurm, Lebedour und Singer und dem Abg. Tengemann von der freisinnigen Hollspach. Stöder habe die Sitze, von einem kleinen Betrieb's zu ziehen, wobei er sich auf den Allgemeinplatz Rottmann-Schumann bezieht. Der Stöder wurde überzeugt und allerteils als Vertreter der "Wahrheit" und der "christlichen Rätschkeiten" anerkannt. Die "Schwachsinnigkeit" der Präsidenten rettete ihn vor dem Ordnungsrat.

In ihren weiteren Aussführungen rechneten die Genossen Reichhauß und Wurm nochmals gründlich ab mit den "Sozialpolitisten" des Rentzums und der Rationalüberlebens und ebenfalls mit dem "freisinnigen" Herrn Dr. Grüger. Abg. Dr. Herzog (Sos.) wies darauf hin, daß in der am 1. April d. J. in Kraft tretenden Seemannsordnung einige Schubbestimmungen getroffen sind und verlangte vom Staatssekretär Auskunft, ob diese Bestimmungen, rücksichtsweise auf die vom 1. April abgeschlossenen Gewerbeträte trafen. Graf v. Borsodowski hält dies vom sozialpolitischen Standpunkt aus für wünschenswert, kann aber eine definitive Erklärung nicht abgeben, sondern will eine eventuelle Entscheidung den Gerichten vorbehalten müssen.

Nach einigen persönlichen Erklärungen wurde die Diskussion über die sozialpolitischen Fragen am Mittwoch geschlossen. Die Abstimmung über die Resolutionen (Maximalarbeitsstag usw.) soll in der dritten Lesung erfolgen. Fragen über Vogelschutz, Fahrordnung für Automobile, Triebwagenbau, Theatergesetz, Reform der Eisenbahn, Staatsamt, Bekämpfung der Rebians, Landwirtschaftsstatistik, Rücksände in den Hollspachen Meddeburgs, alles Angelegenheiten, in denen Graf v. Borsodowski Bescheid wissen muß, wurden am Donnerstag und Freitag behandelt. Zu größeren Debatten führte am Sonnabend die Berichtigung über das Kapitel: "Statistisches Ammt". Abg. Graf Kanitz (toni) kritisierte die Preissysteme der wichtigschwärmischen Partei, die ihre Produkte zu viel billigeren Preisen nach dem Ausland verkaufen, als im Lande. Mit dieser ganz gerechtfertigten Kritik vertritt der Boll-Graf Wünsche nach radikalen Änderungen unserer Handelsbeziehungen zum Auslande.

Abg. Dr. Südlund (Sos.) gab dem Grafen Kanitz zu bedenken, daß die Statistikbehörden nur bei hohen Schätzungen möglich seien. Weiter rüttelte Redner die Ansätze an der Staatssekretär, ob in Aussicht genommen ist, im Jahre 1905 eine neue Gewerbe- und Berufszählung stattfinden zu lassen. Die letzte Zählung hat im Jahre 1895 stattgefunden. Eine solche Zählung bildet das Rückgrat unserer großen sozialpolitischen Literatur und Gesetzgebung. Alle Parteien sind gleichmäßig interessiert daran, zu erforschen, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen. Die Kritik ist aber, daß solche Statistiken regelmäßig wiederholen. Die letzte ist zusammengefallen mit einer Volkszählung. Es haben sich da interessante Vergleichsmomente ergeben, die man nicht wieder aufgreifen sollte. Es wäre deshalb das Richtige, alle acht Jahre die Zählung zu wiederholen. Fünf Jahre würden für die detaillierte Bearbeitung ausreichen, und dann blieben noch fünf Jahre für die Korrekturen zur Wiederholung dieser Zählung. Sehr wünschenswert wäre es, wenn diesmal in der Landwirtschaft nicht nur nach Betriebscheinheiten, sondern auch nach Betriebsgrößen gezeigt würde. Nur dadurch wäre es möglich, die Frage zu entscheiden, ob in der Landwirtschaft eine Konzentration zu verzeichnen ist oder nicht. Genoße Gedanken kritisieren auch die kurzzeitige Zusammenfassung des Reichstags für Arbeiterschaft. Sicher sieben Mitglieder des Reichstages sitzen in diesem Bereich sieben Vertreter des Bundesrates und der Präsident des Reichsversicherungsamts. — Graf v. Borsodowski stellte es als sehr ungünstig hin, ob schon im Jahre 1905 eine Berufs- und Gewerbezählung vorgenommen werden würde, dazu ist kein Geld vorhanden; denn eine solche Zählung kostet einige Millionen Mark.

Zum Schluß wurde die Lage der Bureauverwaltung des Reichsstatistischen Amtes vom Anteilmeister Werner gut Sprache gebracht. Genosse Singer nahm für den berechtigten Bürokrat der Beamtenkategorie kritisches an. Im Montag gehen die Verhandlungen weiter.

#### Maurerbewegung.

##### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Das gespannteste Verhältnis besteht wohl zur Zeit in Hamburg resp. im Gebiet des vier-Städte-Bundes. Die Innung hat bekanntlich einen Beschluss verabschiedet, wonach ihre Mitglieder an dem alten Bohneramt: 84 Stundenarbeit und 65 1/2 Stundenlohn, festhalten wollen; außerdem soll, um bestreit unter den Maurern zu fördern, die Außendarbeit wieder offiziell eingeführt werden. Inzwischen die einzelnen Mitglieder der Innung diesen Beschlüssen nachkommen werden, ist eine andere Sache; sicher ist, daß die Majorität für den ersten Beschluss aus solchen Westen bestand, die in den letzten Jahren für die Übernahme des Neubaus garnicht in Frage kamen, die gewissermaßen als "Grenzgenossen" der Innung angesehen sind. Sie im Bund organisierte Unternehmer haben gestrahlte Beschlüsse noch nicht zu Tage gefördert; sie gleichen dem schwankenden Rohr. Ein kleiner Theil möchte gern die ganze Forderung der Gefellen bewilligen, ein anderer Theil möchte wenigstens ein Entgegenkommen zeigen, während die Majorität wahrscheinlich auf den Standpunkt der Innung steht.

Daß die Innung die Agenten unterwegs hat, um Wallauer als Streikreicher anzuwerben, ist eine lächerliche Thatache. Auch in mehreren Orten Schlesien sind auf den Wohnhöfen Agenten häufig, um den Strom der schlechten Auswanderer nach Hamburg zu lenken. Die Annonce der "Baugewerks-Btg." (Siehe Aus Unternehmertreffen) dürfte gleichfalls in Hamburg ihren Ursprung haben.

Zach den in Maurerkreisen umgehenden Geschichten, beschäftigt die Innung, ihre Mitglieder aufzugeben, lädt mit

liche Maurer, Zimmerer und Bauhölzler am 16. März zu entlassen, eine "General-Aussperrung" soll jedoch nicht lange andauern, sondern nach Verlauf einiger Tage will man den Ausgeplerten gnädig gehalten, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn — die Arbeitler den von der Innung beschlossenen Tarif auf ein weiteres Jahr durch Unterschrift annehmen. Jeder Einzelne soll die Unterschrift leisten, und wer sich weigert, bleibt ausgesperrt und wird durch "Arbeitswillige" ersetzt. So ist angeblich der Plan der Innung.

Die Innung redet bei Verfolgung dieses Plans natürlich auf die Uneinigkeit der Arbeiter. Sie glaubt, daß bei der im März noch flauen Bauthitigkeit die Mehrzahl der Gelehrten und Arbeiter unterscheiden wird und daß sie hierbei eine Scheidung zwischen den "Böden" und "Schäfern" erzielen kann. Die "Bürokratischen" kommen in die "schwarze Liste" und bleiben ausgesperrt, bis ihnen das Streitfest für alle Seiten vergangen ist.

Mitunter kommt es freilich auch anders. Die Arbeiter können auch einig sein, und sie werden es sein, da sie wissen, daß ihnen sonst große Gefahr droht. Jedenfalls müssen die hier in Frage kommenden Kategorien der Bauarbeiter jeden Augenblick allen Gelegenheiten gegenüber völlig gerüstet stehen. Die Beschlüsse müssen ausfallen wie sie wollen, aber eine solche Phalanx muß dahinter stehen. An der Einmündigkeit und Geschlossenheit müssen alle Gegenzüge der Unternehmer zu Schanden werden.

Der Zugang von Maurern von Hamburg und Umgegendern gebauten in Ehrensfeld aller Verbandsmitglieder.

Aus Brunnhaupten im Kreise Bitterfeld Streikbrecher juchen: "Lüdige Maurer, welche dem Verbande nicht angehören." Die Unternehmer hätten sich minderstens diesen Sab-sparen können; denn tüdige Maurer, die dem Verband nicht angehören, sind mir dann gefaßt. Jedenfalls sollte man nicht von tüdigen Maurern verlangen, daß sie von Bitterfeld nach Meddeburgs Gebieten wandern, um für 35 bis 38 1/2 als Streikbrecher zu arbeiten. Wer für diesen Preis nicht nur seine Arbeitskraft, sondern auch seine Ehre verkaufst, dürft' wohl auf andere Titel Anspruch haben.

In Meddeburg sind vorläufige folgende Dinge gesperrt: Arendshausen-Brunnhaupten, Domitz, Dörlitz, Waren, Altkloster, Witten-Bügel-Sternberg.

Der vom Zweigverein Heidenhof gesperrte Unternehmer heißt Südlund und wohnt in Laboe. Der Bau ist in Wittenort belegen.

In Kappeln a. d. Elbe ist zwischen untenen Kollegen und den Unternehmern eine Vereinbarung zu Stande gekommen, wonach der Stundenlohn ab 1. März bis 1. Juli 86 1/2 und dan von da bis zum 1. Januar 1904 87 1/2 betragen soll.

In Wittenburg sind vorläufige folgende Orte gesperrt: Arendshausen-Brunnhaupten, Domitz, Dörlitz, Waren, Altkloster, Witten-Bügel-Sternberg. Die Unternehmer heißt Südlund und wohnt in Laboe. Der Bau ist in Wittenort belegen. In Meddeburg sind vorläufige folgende Orte gesperrt: Arendshausen-Brunnhaupten, Domitz, Dörlitz, Waren, Altkloster, Witten-Bügel-Sternberg.

In Köln (Plattenleger) hat am 21. Februar eine Einigungserklärung stattgefunden. Die Unternehmer lehnen es ab, nur im Taglohn arbeiten zu lassen, haben aber in Übereinstimmung mitgekommen: gezeigt: sie wollen 68 1/2 Stundenlohn bei 9 Stundenarbeitszeit befähigen. Auch sonst werden nicht ganz ungewöhnliche Zugeständnisse gemacht. Die Vertreter der Streikenden haben ihre Gerechtigkeit befand, der Verfassung das Angebot der Unternehmer zur Annahme zu empfehlen.

In nicht allzu ferner Zeit dürfen die Bagger in einer Bahn-bewegung eintreten; auch die Maurer beachtigen, die im vorigen Jahre erzielten Erfolge zu verbolhändigen.

In Mainz sind die Unterhandlungen mit den Unternehmern gescheitert. Die Unternehmer haben die Verhandlungen abgebrochen. Unsere Kollegen erwarten die Aussperrung. Die Unternehmer verlangen unter allen Umständen die Verlängerung des bisherigen Vertrags auf zwei Jahre. Darauf könnten sich die Vertreter unserer Organisation nicht einlassen; sie hatten den Auftrag: ohne Bohnaubefreiung kein Vertragsabschluß.

Zur Bahn-bewegung im Gau Berlin wird uns geschieben: Auch in diesem Jahre haben die Kollegen in einer stattlichen Anzahl von Dingen den Unternehmern Wünsche auf Veränderungen der bestehenden Löhne und Arbeitsbedingungen

übermittelt. Unterhandlungen finden jetzt in einer Reihe von Dingen statt, und haben auch einige bereits zum Abschluß geführt. In Rathenow ist der bestehende Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängert worden. Der Lohn wurde von 37 auf 40,- erhöht.

Den Oberberger Kollegen ist es gelungen, im Unterhandlungswege einen Vertrag abzuschließen, der eine Lohnerhöhung von 35 auf 38,- g. festlegt.

Der Vertrag in Landsberg a. d. W. ist auf ein Jahr verlängert, eine Lohnverhöhung von 38 auf 40,- ist festgelegt.

Auch in Schleiden fand eine Vertragsverlängerung aus einem weiteren Jahr statt, der Lohn erhält eine Steigerung von 35,- auf 37,- g. Überarbeitslöhne und Sonntagsarbeit wird eine Zulage von 5,- pro Stunde gewährt und an den Tagen vor den hohen Festen ist zwei Stunden früher Feierabend, als an den anderen Tagen. Bei der Lohnzahlung werden diese Tage voll berechnet.

Die Berliner Gemeinden festen für 128 bei der Aktion gesellschaft für Betonarbeit beschäftigte Kollegen durch Verhandlung eine Lohnverhöhung für Hüfssarbeiter von 40 auf 45,- g. und für Betonarbeiter eine solche von 50 auf 60,- g. durch.

Beim Unternehmer Mühlbauer in Neustadt a. d. O. waren bis voriges Jahr Klassentücher von 26, 27, 30, 32,- und 35,- g. üblich. Unsere Kollegen stellten im vorigen Sommer die Forderung, der Lohn sollte für alle vollzähligen Gefolten auf 38,- für die übrigen auf 35,- festgesetzt werden. Das wollte der Herr nicht, auf keinen Fall wollte er mit der Organisation verhandeln. Den Vertretern des Gauvorstandes, wies er die Thür. Konz. der Arbeitswillingen“ halber ihm aus der Pfeife. In diesem Jahr hat sich Herr Mühlbauer zu etwas Anderem bekannt: er hat Friedensklärung. Erst wollte er nur unter der Bedingung, daß die Maurer aus dem Verband austreten, die Forderung bewilligen, das lehnten die Kollegen natürlich ab. Nun nimmt er auch den Verband mit in den Kauf. Für die Gegend bedeutet die Anerkennung der Organisation einen wesentlichen Vorteil.

Die Spremberger Kollegen haben recht schwer um die Anerkennung der Organisation zu kämpfen. Nachdem im Vorjahr zwei Spalten zur Abwehr von Lohnredaktionen verloren gingen, fandigte am 31. Januar der Unternehmer Haudrich dem Vorstand unsers Zweigvereins das Arbeitsverhältnis. Die übrigen Herren Meister wünschten, daß der Betrauensmann unserer Kollegen keine Beschäftigung am Orte erhalten. Obwohl zwei Drittel der bei Haudrich beschäftigten Maurer nicht organisiert sind, erklärten sie doch dem Meister, falls der Vorstehende des Vereins entlassen würde, gingen auch sie. Das half. Haudrich nahm die Klärung zurück. Ein Teil der Kollegen stellte sich dem Verband an. Auch bei Gundermann regt es sich; er mußte jetzt gegen seitens „Arbeitswillingen“ Verbandsmitglieder ausspielen. Es kommt auch hier neues Leben und es geht vorwärts nach all der Trägheit der letzten Jahre.

Bei Unternehmer Chr. J. in Wriezen wurden sechs Kollegen gemusigt, weil sie nicht unterschreiben wollten, für den bisherigen Lohn auch in diesem Jahre zu arbeiten. Seitens unseres Zweigvereins ist eine Lohnforderung gestellt worden.

Der in Stuttgart von den Vertretern der Organisationen verhandelte Vertrag ist von den Beratungen der Blümmer, Steinheimer und Maurer angenommen worden.

„Man sollte nur mal sechs Wochen Alles stehen lassen, dann würden sich die Nachen der gebräuchlichen Maurer schon füllen!“ So reden die Herren Bauunternehmer in Blaauen i. Q. Das ist die richtige Art, über Arbeitgeberforderungen zu reden. Warum auch nicht? Und doch die „Maurermeister“ und sonstigen „Baubefestigten“. Dicjenigen, die im Schweize ihres Augenichts den Arbeitern das Brot verdienten und den „Nachen füllen“ müssen. Gibt es keine Arbeitsvermittler – pardon: Arbeitgeber, dann würden seine Häuser gebaut; würden keine Häuser gebaut, dann hätten die Maurer keine Arbeit; dürften die Maurer nicht arbeiten, dann hätten sie nichts zu „essen“. Also tuft, Ihr Maurer von Blaauen, und lebt Ihren Herren den Dreck von den Stiefeln, damit die Herren „Arbeitgeber“ ihren höchsteigenen Nachen richtig voll tragen.

Die Kollegen in Bielefeld, Verden, Torgelow, Wilnsack (Unternehmer Georg Albrecht), Tegel (Unternehmer Engelke & Böting) trafen um Formhaltung des Zusangs.

Aus Böhmen wird uns berichtet, daß die Maurer Wenzl Wachsch aus Prag, Polata aus Gabuz und Thomas Wolf aus Zales, alle drei aus dem Bezirk Wollin in Böhmen, als Freibordbrechergenossen für Hamburg, Altona, Halle, Bielefeld und Zwickau tätig gewesen sind. Alter Wahrscheinlichkeit nach werden diese drei Burischen dahin trachten, auch in diesem Jahre ihr unausbares Handwerk ausüben zu können. Mögen die Kollegen überall die Angen offen haben und das artige Baumengeschäft derbe auf die Finger klopfen.

## Jahresberichte der Gauvorstände.

### Gau Stuttgart.

Die Agitation in unserem Gau hat sich im verflossenen Jahre ziemlich lebhaft gezeigt. Vor Allem war es Stuttgart z. z. selbst und seine nähere Umgebung, wo wir einzogen mussten. Die leitenden Kollegen waren sich darüber einig, daß es wenig Rücksicht habe, draußen in den kleinen Städten Organisationen ins Leben zu rufen, die nachher nicht leben und nicht sterben können, während im Zentrum des Bezirks, wo sich Befreiungsangehörige aus allen Landesteilen zusammenfinden, keine statische, mustergültige Organisation vorhanden ist. In der Stadt möglicherweise der vierter Teil der beschäftigten Maurer. Auf diese wurde zunächst durch Hausagitation eingewirkt, die allerdings kein großes Resultat lieferete; immerhin aber die aufgewendete Mühe lohnte. Gleichzeitig wurden die Ortsschäfer in Angriff genommen; jeden Sonntag fanden zwei, drei, vier bis fünf Versammlungen und Besprechungen statt. Daneben wurden auf Baustellen und in verschiedenen Stadtteilen Versammlungen abgehalten. Als besonderer ausführiger Agitationstoff bei all diesen Versammlungen dienten die schon im Januar vom Stuttgarter Zweigverein aufgestellten Forderungen, in welchen namentlich die Lohnverhöhung eine Rolle spielte. Es gelang, von Woche zu Woche die Mitgliedszahl bedeutend zu vermehren. Erfreulich war es, zu sehen, wie die seither so theilnahmslosen Maßen die Leidtragre abgetöteten und sich endlich einmal bewußt wurden, daß ihre Existenzverhältnisse tragig sind und energische Abhilfe erfordern. Wir mußten von vornherein damit rechnen, daß wir im Falle des

Erfolgs unserer Agitation in einer nicht mehr aufzuhalrende Bewegung hineingeraten würden, was uns denn ja auch die Erfahrung bestätigt hat.

Die Stuttgarter Bauunternehmer („Werkmeister“ heißt hier der im übrigen Deutschland etwas ganz Anderes als jenseits Ausdruck hierfür) sind eine Goldprospektloge, erster Klasse, wie wir sie „besser“ wohl kaum in einer anderen deutschen Großstadt finden werden. Baustauden im Sinne anderer Großstädte, die nur von heute auf morgen etwas zu leben scheinen, kennen wir, abgesehen von einigen selbstständigen Mauten, überhaupt nicht. Einer hat es noch besser verstanden als der Andere, bei Beitem sich einen ehemaliger „Gad voll Entschuldigungslohn“ anzunehmen, auf welchen natürlich bei jeder Gelegenheit gepocht wird. So war es auch angeknüpft unserer vorjährigen Bewegung.

Am 12. April d. J. wurden dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverbund Württemberg, nachstehende Wünsche unterbreitet: 1. Fortsetzung eines Mindestlohnabkommen von 50,- für alle im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sich befindenden Maurer. 2. Achttagige Lohnzeit. 3. Soziale Auszahlung des Lohnes bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses. 4. Abschaffung jeglicher Altordnung in Maurergewerbe. 5. Einigung einer ständigen, auf gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kommission zur Ausarbeitung eines corporativen Selbstverständnisses und zur Schlichtung aller aus demselben sich ergebenden Differenzen. Unterm 17. April antwortete Herr Hauser Name des Arbeitgeberbundes, daß dieselbe keine Verhöllung habe, aber der Staat einer Änderung des Lohns und Arbeitsbedingungen näher zu treten, und fügte zum Schlusß die spöttische Bemerkung hinzu, daß die Meisterchaft zu Sozialrevisionen wohl berechtigt gewesen wäre. Am 23. April beschlossen die Maurer, das Einigungsamt anzurufen. Bei der Zusammenkunft vor demselben rückten die Vertreter des Unternehmers unter sich die Kompetenzfrage auf: nicht Herr Hauser als Vorsteher des Arbeitgeberbundes sei die kompetente Stelle, sondern Herr Buch als Vertreter des bessigen Baugewerbevereins. Man deutete sich, seit Jahren müßten die Arbeiter sich an den „Arbeitgeberbund“ wenden, wenn sie Bündnisse vorbringen wollten. So machten sie es auch diesmal wieder, erhielten Antwort auf ihr Schreiben und acht Tage nachher faltt es beim Herrn Hauser ein, daß er garnicht kompetent ist. Schlichtlich lehnten die Herren das Einigungsamt ab und gaben im Privatgespräch noch das Verbrechen, die ganze Frage noch einmal innerhalb des Zweigvereins zu behandeln. Das ist dann auch geschehen, und das Rejstat, das den Arbeitern unterm 5. Mai mitgeteilt wurde, zeigte, daß die Allgemeinheit der Meister vernünftiger war, als ihr Vorstand. In 3 von den 5 aufgestellten Punkten wurden bereits annehmenbare Zugeständnisse gemacht. Es folgte dann eine Verhandlung am 6. Mai unter dem Vorst. des Herren Gauverrichters Dr. Sigel, in welcher eine Einigung erfolgte. Dieselbe ging dahin:

1. Es soll, jezt in bezahlt werden: a) an geprüfte Junggefele in ersten Jahre, nach beendeter Lehrzeit ein Stundenlohn von 32,- g. an, b) an alte Maurer vom 20. Lebensjahr ab ein Stundenlohn von 35,- g. an, c) an alle tüchtige Maurer ein Stundenlohn von 43,- g. an. Diese Gründpositionen werden am 1. Januar 1903 erhöht auf 34,- 40 und 45,- g. Der Lohn des einzelnen Maurers soll am 1. Januar 1903 ebenfalls um 5,- p. (gleich 2,- in den meisten Fällen) erhöht werden. 2. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses, also auch bei freiwilligem Ausschritt, muß der Lohn innerhalb 24 Stunden ausbezahlt werden. 3. Ein Altord darf nicht mehr gearbeitet werden. Es wird eine ständige Kommission aus vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern gebildet, welche unter Rücksicht auf die vorhergehenden Schiedsrichter votieren will, über die beide Kontrakte hinausgelommen, die wichtigsten Frühjahrsarbeiten machen, bereit bei Ausbruch des Streiks unter Dach gebracht. Sympathie des größeren Publikums war so gut, wie gar keine vorhanden, was wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß der Maurer in Württemberg infolge seiner geringen Verdienste und der damit zusammenhängenden niedrigen Lebenshaltung und Bildung überhaupt wenig Achtung genießt. Im Laufe des Streiks brachten es die Unternehmer natürlich auch fertig, aus den entlegenen Orten, in jener, aus der Schweiz, Streikbrecher anzuwerben. Der Zahl bis zum Schluß des Streiks gegen 300 betrug. Bielefeld war allerdings nicht dabei. Von den Streitenden selbst fanden mit der Zeit auch jene ab, z. B. 28 Mann aus Düsseldorf, die allerdings alle in leidlichen Vermögensverhältnissen lebten. Dann gab es aber auch Leute, die bereits in den ersten Streittagen nichts wußt, zum Leben hatten und auf die Dauer mit der Streikunterstützung nicht angewiesen waren. In Arbeit konnten solche Leute nicht gebraucht werden, da die Mehrheit der Streitenden es freisah, bei Kleinmeistern, die bewilligen wollten, die Arbeit aufzunehmen. (Ein solcher Besluß, der eine genialige Glücksfeier für den Oberchristianer bedeutete, wird hoffentlich nie mehr gefestigt werden.) Der schwere Mißstand aber war der, daß auswärts die Arbeitsgelegenheit so ungemein schlecht war, sowohl in Baden wie in Bayern und der Schweiz. Eine große Anzahl abgerückter Kollegen kam dann auch nach jungen Umherzuhenden Streitenden zurück. Die Zahl der zu unterstürzenden Streitenden wurde immer größer statt kleiner. Die Unternehmer, der überzuföhlige Herr Hauser an der Spitze, hörten die Situation läßt ab. Auf Unterhandlungen legten sie sich nicht ein, nur in den letzten Tagen des Streiks wurde eine neu gewählte Lehrgremiumschaft vollzollt zu einer Privatschaltung zu gelassen, in welcher die Herren Buch und Hauser für den Fall der Auflösung des Streiks die Wiederanerkennung der Vereinbarungen vom 6. Mai in Güte zu stellen. In Anbetracht der vorhin geschilderten schwierigen Lage der Dinge wurde auf dies Verbrechen hin am 20. Juli der Streit mit allen gegen fünf Stimmen für beendet erklärt. Die Maurer sollten sich aber noch einmal getraut haben. Die acht Tage nach Wiederanerkennung der Arbeitgeberfassung lehnte die weitere Verhandlung vorläufig ab und beschloß nur, im Januar 1903 mit den Maurern einen corporativen Arbeitsvertrag abzuschließen. Dieser Besluß scheint ja etwas frühzeitiger geplant zu sein. Alle Jahre möchte man den durch den Maurerstreik berührten Profitausfall doch wohl nicht haben. Zur Zeit, wo ich dies schreibe, hat es den Anschein, daß wenigstens ein Vertrag zu Stande kommt, der die Grundlage für ein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis schafft. Der mögliche Erfolg des Streiks ist zweifels auf Seiten der Arbeiter. Es ist den Herren Werkmeistern, was sie bis zum letzten Augenblick ernsthaft bewilligt, ganz deutlich zum Bewußtsein gebracht worden, nämlich die vorhandene

Bei ruhiger, klarer Betrachtung und Überlegung, wird jeder Kollege herausfinden, daß diese Zugeständnisse, wenn dieselben fortwährend ausgeführt werden, eine bedeutende Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber dem seitherigen Zustand darstellen. Für diese regelmäßige Durchführung der Abmachungen zu sorgen, muß jetzt die nächste und wichtigste Aufgabe unserer Organisation sein. „Wo kein Maurer ist, ist auch kein Dichter!“ So wird es auch bei uns sein. Wenn nicht jeder einzelne Maurer den Mut hat, das von den Werkmeistern jetzt Zugeständnisse auch für sich zu verlangen, dann werden allerdings die Abmachungen nur auf dem Papier stehen. Deshalb ist es notwendig, daß am nächsten Samstag jeder darauf achtet, daß er zu seinem Recht kommt. Wer seitdem 40, 41, 42,- g. erhalten, darf sich getrost zu den 43,- g. Maurern setzen und hat, infolgedessen von jetzt an mindestens 43,- g. zu verlangen. Selbstverständlich werden Diejenigen, die jetzt schon 43,- g. und mehr erhalten haben, auch jetzt eine Wiederbefreiung fordern müssen. Die bisher unter 40,- g. entlohnten Kollegen werden naturngemäß in die Wohlfahrtseinrichtungen, die Diejenigen innehatten, die nunmehr mindestens 43,- g. erhalten müssen.

Diese Auslassungen wurden von der Vorstandschaft der Meister, die durch ihre falsche Berichterstattung in eine Schwäche gerathen waren, als „Wohntreiber“ bezeichnet, die mit den getroffenen Abmachungen nicht zu vereinbaren sei. Sie forderten deshalb eine öffentliche Bürdenahme.

Von der Verbandsleitung wurde dann die schon oben erwähnte Sitzung vom 21. Mai verlangt. Trotz der vom Vorstand konstituierten falschen Berichterstattung blieben die Meister auf ihrem Verlangen des öffentlichen Widerrufs der obigen Erklärungen stehen, ja, Hauser verlangte sogar, daß diese Berichtigung vor der Prüfung den Arbeitgeber“ zur Kenntnis vorgelegen sei.

Doch die Vertreter der Arbeiter eine derartige unwürdige Summutung ablehnen, ist selbstredend. Sie suchten aber freudig einen fröhlichen Ausgleich herbeizuführen. Sie schlugen vor, die beiden nachstehenden Blätter in unterförmigen und in den hiesigen Blättern zu veröffentlichen, damit die gewollten oder nicht gewollten „Wohntreiber“ aufsprechen. Aber auch dieser vorausgeschlagene Vorschlag fand kein Gehör. Die Unternehmer waren offenbar mit dem Vorst. erzählichen, die Verhandlungen unter allen Umständen rückgängig zu machen. Sie vollführten deshalb einen unterförmigen Radau und beschimpften die Arbeitgebervertreter als „Großlüche, um dieselben zu beleidigen oder gar etwas Schlimmeres zu reizen, und als dies seine Wirkung erzielte, mußten sie mit der nächsten Thatache herausrücken: Wir erneffnen die Vereinbarungen nicht mehr, sie sind null und nichtig.

Noch einmal haben trocken die Maurer die Hand zum Frieden gereicht durch ihre Ansage vom 11. Juni, ob die Unternehmer bereit seien, die Vereinbarungen aufrecht zu erhalten. Ein prositisches „Nein!“ war wieder die Antwort. So blieb den Arbeitern nichts Anderes übrig, als zum letzten Mittel, zum Streit, zu greifen.

Der Streit begann am 14. Juni, und zwar so eimüllig, wie es wohl kaumemand erwartet hätte. In der zweiten Streitwoche waren alle in Betracht kommenden Bauten von Streikbrechern gefaßt, die wenigen „Arbeitswillingen“ arbeiteten in Verstädten, bei Reparaturen usw. Trotzdem war es nicht möglich, den erhofften Sieg davonzugutzen. Durch den vorhergehenden Schiedsrichter votierten wir über die beide Kontrakte hinausgelommen, die wichtigsten Frühjahrsarbeiten machen, bereit bei Ausbruch des Streiks unter Dach gebracht. Sympathie des größeren Publikums war so gut, wie gar keine vorhanden, was wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß der Maurer in Württemberg infolge seiner geringen Verdienste und der damit zusammenhängenden niedrigen Lebenshaltung und Bildung überhaupt weniger Achtung genießt. Im Laufe des Streiks brachten es die Unternehmer natürlich auch fertig, aus den entlegenen Orten, in jener, aus der Schweiz, Streikbrecher anzuwerben. Der Zahl bis zum Schluß des Streiks gegen 300 betrug. Bielefeld war allerdings nicht dabei. Von den Streitenden selbst fanden mit der Zeit auch jene ab, z. B. 28 Mann aus Düsseldorf, die allerdings alle in leidlichen Vermögensverhältnissen lebten. Dann gab es aber auch Leute, die bereits in den ersten Streittagen nichts wußt, zum Leben hatten und auf die Dauer mit der Streikunterstützung nicht angewiesen waren. In Arbeit konnten solche Leute nicht gebraucht werden, da die Mehrheit der Streitenden es freisah, bei Kleinmeistern, die bewilligen wollten, die Arbeit aufzunehmen. (Ein solcher Besluß, der eine genialige Glücksfeier für den Oberchristianer bedeutete, wird hoffentlich nie mehr gefestigt werden.) Der schwere Mißstand aber war der, daß auswärts die Arbeitsgelegenheit so ungemein schlecht war, sowohl in Bayern wie in der Schweiz. Eine große Anzahl abgerückter Kollegen kam dann auch nach jungen Umherzuhenden Streitenden zurück. Die Zahl der zu unterstürzenden Streitenden wurde immer größer statt kleiner. Die Unternehmer, der überzuföhlige Herr Hauser an der Spitze, hörten die Situation läßt ab. Auf Unterhandlungen legten sie sich nicht ein, nur in den letzten Tagen des Streiks wurde eine neu gewählte Lehrgremiumschaft vollzollt zu einer Privatschaltung zu gelassen, in welcher die Herren Buch und Hauser für den Fall der Auflösung des Streiks die Wiederanerkennung der Vereinbarungen vom 6. Mai in Güte zu stellen. In Anbetracht der schwierigen Lage der Dinge wurde auf dies Verbrechen hin am 20. Juli der Streit mit allen gegen fünf Stimmen für beendet erklärt. Die Maurer sollten sich aber noch einmal getraut haben. Die acht Tage nach Wiederanerkennung der Arbeitgeberfassung lehnte die weitere Verhandlung vorläufig ab und beschloß nur, im Januar 1903 mit den Maurern einen corporativen Arbeitsvertrag abzuschließen. Dieser Besluß scheint ja etwas frühzeitiger geplant zu sein. Alle Jahre möchte man den durch den Maurerstreik berührten Profitausfall doch wohl nicht haben. Zur Zeit, wo ich dies schreibe, hat es den Anschein, daß wenigstens ein Vertrag zu Stande kommt, der die Grundlage für ein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis schafft. Der mögliche Erfolg des Streiks ist zweifels auf Seiten der Arbeiter. Es ist den Herren Werkmeistern, was sie bis zum letzten Augenblick ernsthaft bewilligt, ganz deutlich zum Bewußtsein gebracht worden, nämlich die vorhandene



der Beitragsfrage für 1908 sprachen sich verschiedene Kollegen für eine Einheitsmarke von 55 Pf aus. Auf Antrag Friedeckis wird die Einheitsmarke von 55 Pf eingeführt. Die Beiträge sollen auf den Bauplatzen, sowie durch die Grundsteinsträger einfließen werden. Als zweiter Punkt stand der Statutenentwurf auf der Tagesordnung. Auf Antrag Lübscher's wurde die Rechtsbeschränkung bei Streiks abgelehnt, ebenfalls die Krankenunterstützung. Vertreter der Gewerbegegenunterstützung schloß sich die Versammlung dem Antrage Dortmund, Emden und Halle an. Ein Antrag, daß die Gauvorstände, falls sie nicht mit einem Mandat versehen sind, kein Stimmrecht haben sollen, wurde angenommen. Dass die Verbandsbeamten berücksichtigt werden, wurde abgelehnt. Unter "Gewerbeaufsicht" regte Kollege Friedeckis an, daß sich die Mauer zahlreich an dem Konzert, welches das Gewerbeausschussrat zu Gunsten der Arbeitslosen veranstaltete, beteiligen möchten. Den beiden Delegierten zum Verbandsstag wurde das Mandat zum Bauarbeiterkongress übertragen. Kollege Büschke wurde als Vertreter in die Mauerkommision gewählt. Zum Weiteren führte Friedeckis an, daß zur nächsten Versammlung, welche am 4. März stattfindet, mindestens jeder Bau vertreten sein müsse, um Sammelstellen in Empfang zu nehmen. Eine Kritik wurde an dem Spar- und Baubereich geübt, bei welchem Herr Landesdirektor Veder, der angeblich sehr viel Gutes für die Arbeiter thut will, Vorsitzender ist. Bei dem genannten Verein, der in Löbau durch die Gebrüder Heinrich drei Bauten hochföhrt, belohnen die Maurer den niedrigsten ortssüblichen Stundenlohn. Das gegen solle Stellung genommen werden. Mit einem kräftigen Schluswort, wobei der Vorsitzende auf die Agitation hinwies, aufforderte, die Arbeitertreks mehr zu unterstützen, und das Töschlich zwischen Kollegen und Streikbretern zu zerstreuen, wurde die gut besuchte Versammlung gefeiert.

Am Einbeck fand am 14. Februar eine öffentliche Maurerversammlung statt, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Der größte Theil der auswärtigen Kollegen war erschienen, und soweit sie noch nicht Mitglied waren, traten sie dem Verband bei. Nach einem Vortrag des Gauvorsitzenden Borndörfl wurde beschlossen, eine Lohnforderung von 5 Pf pro Stunde zu fordern. Auch soll die üble Geselligkeit der Meister, vom Lohn 9 Pf pro Stunde eingehalten und am Jahresende auszuholen, abgeschafft werden. Die Lohnforderung soll am 15. März in Kraft treten. Die Kollegen hofften, die Forderungen ohne große Schwierigkeiten durchzusetzen; es ist wohl kaum zu erwarten, daß die Maurer begegnen lassen werden, für den lebendigen Lohn zu Stellbrechern zu werden.

Am 18. Februar hielt der Zweigverein Elbing eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zunächst erläuterte die Delegierten Bericht über den Verlauf der Gaukonferenz. Sodann wurden die diesjährigen Forderungen formuliert und ausser kleinen Nebenforderungen 4 Pf pro Stunde und zehnständige Arbeitszeit festgesetzt. Alle Meister hielten es für durchaus notwendig, daß an diesen Forderungen festgehalten werden müsse. In der Stichwahl zum Verbandsstags (52 Abst.) wurden für Kreis-Elbing 67 Stimmen abgegeben; ebenfalls wurde Krieke mit der Vertretung auf dem Bauarbeiterkongress betraut. Nachdem der Vorsitzende noch auf unermüdlichen Agitation aufgefordert wurde, die Versammlung geschlossen.

Am 14. Februar hielt der Zweigverein Hagen seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Die Hauptpunkte der Tagesordnung waren: Jahresbericht, Lohnfragen und Bauarbeiterkongress. Einnahme und Ausgabe für die Haushaltskasse betrug M. 301,68, die Ausgabe M. 291,05. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Zweigverein so eine gute Einnahme noch nicht zu verzeichnen gehabt hätte, auch die Mitgliederversammlungen habe sich bedeutend gehoben. Versammlungen fanden 27 statt, davon 4 öffentliche, außerdem 31 Sitzungen, in denen innere Angelegenheiten geregelt wurden. Die Lohnkommision berichtete über den ausgearbeiteten Lohnkatalog, der den Unternehmern unterbreitet werden soll. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Sitzung mit unserem Gauvorsitzenden abzuhalten, um den Vortrag einer nochmaligen Durchsicht zu untersuchen. Daß die Haussitzung in nächster Zeit wieder ganz energisch betrieben werden muß, wurde allgemein erkannt. 18 Kollegen saßen sich in den Verband aufzuhören. Zur Förderung des Bauarbeiterkongresses wurde eine Kontrollkommission gewählt. Die Bauthälfte hat schon ziemlich lebhaft eingegriffen, und die Stadt Hagen ist jetzt ohne Baupolizeiverordnung, da die alten Bestimmungen vom Gericht für rechtsgültig erklärt worden sind. Mit den Abdankungen der Wallenlagen, Baubuden und Aboarten sieht es auf manchen Stellen ganz miserabel aus; es ist dringend notwendig, daß Rendour geschaffen wird. Es ist daher Wunsch aller Kollegen, nach besten Kräften für Befestigung der Mauern einzutreten. Je stärker unsere Organisation ist, desto eher werden wir in der Lage sein, unsere Arbeitsergebnisse zu verbessern. Im Punkt "Beschließendes" wurde u. d. das Verhalten der Firma Fischer & Janzen einer scharfen Kritik unterzogen. Diese Firma beschäftigt am hiesigen Gerichtsgefängnis Strafgefangene. Die freien Arbeiter werden nicht eingestellt, weil sie etwas mehr Lohn beanspruchen. Zum Schlus förderte der Vorsitzende die Kollegen auf, immer recht zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen und die noch scheinbaren Kollegen, zu uns heranzuziehen.

Der Zweigverein Holzminden wollte am Sonnabend, den 14. Februar, eine außerordentliche Mitgliederversammlung abhalten. Trotz der äußerst wichtigen Tagesordnung waren aber nur so wenig Kollegen erschienen, daß die Versammlung nicht eröffnet werden konnte. Es ist dies schon das zweite Mal, daß die Mitglieder trotz schriftlicher Einladung lieber hinter dem Ofen hocken blieben oder auf den Straßen umherbummelten, statt in der Versammlung zu erscheinen. Drifft man die Kollegen ein, dann kommt jeder über die schlechte Lage, aber mithelfen zur Besserung will anstreben keiner. Nun, mögen sie herumplumpen nach Herzogenfels, sie werden ja am eigenen Leben spüren, wohin es führt.

Der Zweigverein Klosterneuburg hielt am 15. Februar im Vereinslokal seine zweite diesjährige Mitgliederversammlung ab; ziemlich alle Kollegen waren anwesend. Zur Statutenänderung auf dem Verbandsstag wurde beschlossen, zu beantragen: 1. Das Frankengeld ist vom ersten Tage an (ohne Extrabeitrag) auf 82 Wochen zu bezahlen. Bei der Unterführung in Sterbe-

fällen sollen sämtliche sieben Klassen in Begleich kommen. Jedes Mitglied erhält im Sterbefall mindestens fünfzig Mark, nach dreijähriger ununterbrochener Mitgliedschaft steigt die Unterstützung pro Jahr um fünf Mark bis zu hundert Mark. Einige Kollegen rägten das Ab und Anmeldeverbot, es müßten feste Bestimmungen in's Statut hinein. Zum Schlus wies der Vorsitzende noch, auf die bevorstehende Reichstagswahl hin, und ermahnte die Kollegen, jeder möge seine Pflicht thun, damit wir in nächster Reichstag auch wirklich Volksvertreter und keine Vollverschärfte hätten. Um Lebzeiten wurden alle Kollegen ermahnt, stets die Versammlung gut zu besuchen.

Der Zweigverein Koburg hielt am 16. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Bandler wurde einstimmig als Delegierter zum Verbandsstag gewählt. Die Versammlung war seit langer Zeit wieder einmal etwas besser besucht. Womöglich wird noch Mancher aus seinem Winterurlaub erwachen. Neun Kollegen wurden dem Verband zugeschlagen. Das diesjährige Sitzungsfest findet am 1. März in der "Grübeln" statt.

Aus Laucha a. u. (Thüringen) wird uns geschrieben: Trotz aller meiner Bemühungen will es mir nicht gelingen, die hiesigen Kollegen des Centralverband der Maurer Deutschlands zu überführen. Der Mindestlohn für einen Gelehrten beträgt M. 1,80, der Höchstlohn M. 2,70 bei einer 11ständigen Arbeitszeit. Der Lohn für einen Lehrling im ersten Lehrjahr beträgt 70 Pf. im zweiten Lehrjahr 90 Pf und im dritten Lehrjahr M. 1 bis 1,20 pro Tag. Am Mittwochabend auf den Bauten sieht es natürlich nicht. Erstens sind keine Baubuden vorhanden, sondern die Arbeiter ist gezwungen, sein bisschen Brod unter freiem Himmel zu verzehren, ganz gleich, ob es regnet oder nicht. Zweitens befindet sich auch ein Abort auf dem Bauplatz, wo der Arbeiter seine Notshütte berichten kann. Nur schlechtesten sieht es mit dem Gerät und Werkzeug aus. Es kann hier ein Bau so hoch sein, wie er will, es bleibt nur immer eine Gerüstfassade liegen. Das Gerüst ist also immer nur in einer Höhe, welche durch die Notregel und den Breiterbelag besteht und auf dieser einen Lage ruht die ganze Last des Materials und der Arbeiter. Wenn ein Arbeiter über seinen Stockwerk abstürzt, fällt er bis auf die Erde, da sein Schutzgitter vorhangt ist. Den Herren Meistern ist es mir darum zu thun, daß der Bau schnell hoch kommt, ob dabei ein Unfall passiert, dann wird nicht gefragt. All diesen Uebelkeiten kann man nur durch eine strenge Organisation der Arbeiter abgeholzen werden. Es ist traurig, daß die Kollegen nicht dazu zu bewegen sind, sich zu organisieren. Auch ist es spärlich, ein Lotal zu bekommen, wo wir einmal eine Versammlung anberaumen könnten, damit den hiesigen Kollegen die Augen öffneten würden. Wir haben schon voriges Jahr einmal eine Lohnforderung gestellt, sämtliche Kollegen hatten unterschrieben, auszuhandeln. Jedoch die Sache kam anders. Als nämlich die beim Maurermeister Schöppen arbeitenden Kollegen gefragt wurden: „Nun, Ihr steht ja auch mit auf dem Papier, ich dachte, Ihr könnt doch zufrieden sein mit dem Lohn, den ich Euch zahle.“ Da wurde ihm zur Antwort: „Das macht nichts, Meister, es ist ja bloß, daß wir auf dem Papier stehen!“ Das ist wirklich nicht schön von den Kollegen. Da ist es wirklich nicht der Mühe wert, nochmals eine Lohnforderung zu stellen. Die Herren Meister lassen sich in's Faßlachen, daß es uns nicht gelingt, die hiesigen Kollegen zu organisieren. Wir waren bisher fünf Mitglieder und haben verübt, die übrigen Kollegen dem Verband anzuhören. Von den 60 Kollegen, welche hier wohnhaft sind, haben es bis jetzt nur zwei Kollegen der Mäusewirth gehalten, daß sie dem Verband anzuschließen. Demnach sind wir jetzt 12 Mitglieder und gehören zur Bahnhofsstelle Naumburg a. d. S. Offiziell gelingt es uns, immer mehr Kollegen dem Verband anzuhören, damit auch hier einmal ein Zweigverein errichtet werden kann.

Am 8. Februar fand in Lüdenscheid, im Märkischen Hof, eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher Kollege Kahl-Dortmund über das Thema: "Die Feinde der Arbeitersorganisation" referierte. In großer Übereinstimmung mit dem Vortrag des Gauvorsitzenden kündigte Kollege Kahl in großen Zügen den gesellschaftlichen Verdegang der Organisation und die überaus mannigfachen Maßnahmen der Behörden, der Geistlichkeit und der Unternehmer, um die Bestrebungen der Arbeiter zu hemmen und zu unterdrücken. Trotz allem haben sich die Gemeinschaften eine bedeutsame Position errungen. Unser Verband kann heute den stärksten Antrieb der Unternehmer trocken. Immerhin bleibt noch viel zu thun übrig. Die Mitgliederzahl von 86 000 und der Kostenbestand von M. 1200 000 müssen noch verdoppelt werden. Zum Schlus kommandierte Meister noch aus, daß durch den Verband die Löhne in Deutschland in den letzten 15 Jahren pro Stunde um 28 Pf in die Höhe gebracht werden seien. Reicher Betrieb lohne den Redner für seine trefflichen Ausführungen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, hingewiesen, daß es auch hier in Lüdenscheid mit der Organisation von Tag zu Tag besser gehe, und wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch hier der Tag nicht mehr ferne sein möge, wo die Maurer Lüdenscheids bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein wichtiges Wort mitreden werden. Nachdem sich 15 Kollegen in den Verband aufzunehmen gewünscht, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Am Mittwoch, den 11. Februar, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Bünde. Die Abrechnung, vom vierten Quartal wurde vor den Besuchern als richtig bestätigt und dem Kassirer wurde Dacharbeit ertheilt. Bis auf drei Kollegen haben sämtliche Mitglieder bis Jahresende ihre Beiträge voll entrichtet. Die Mitgliedergabe ist auf 162 gestiegen; neu eingetreten sind 46, ausgeschlossen wurden drei Kollegen. Alles in Allem sind noch 18 Maurer am Ort, die dem Verband nicht angehören; die meisten davon sind im vorigen Alter. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als Delegierter zum Verbandsstag ist Kollege Thüsen gewählt, derselbe tritt auch an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Schwedt in den Geßellenauschuß ein. In Vertretung einiger Straftreite gegen zwölf weitere Kollegen wurde entschuldigt, da dieselben nicht zur Förderung unserer Organisation dienen, die Angelegenheit dem Vorstand zur Rüfung zu überweisen. Sodann wurde noch auf die in nächster Zeit stattfindende konstitutive Versammlung sämtlicher Bauhandwerker hingewiesen, die sich mit dem in Berlin tagenden Bauarbeiterkongress beschäftigen wird. Die Versammlung war gut besucht.

Am Sonntag, den 15. Februar, hielt der Zweigverein Recklinghausen eine gut besuchte Versammlung ab. Im ersten Punkt wurde die Delegierten-Sitzwahl zwischen Poppe und Schulz vorgenommen. Poppe erhielt 9 und Schulz 80 Stimmen.

Dann erstattete H. Schulz den Bericht der Lohnkommision. Die Unternehmer halten auf unsere Klärung des jetzigen Vertrags rechtzeitig Antwort gegeben und die Lohnkommision zu einer Verhandlung behufs mündlicher Ausprache und Abschluß eines neuen Vertrags zum 9. Februar eingeladen. Es konnte bei dieser Verhandlung aber keine Einigkeit erzielt werden, weil die Unternehmer der Meinung waren, daß die umliegenden Ortschaften viel geringere Löhne zahlt, als das von städtischen Unternehmen gezaubert werden, wihin könnten sie nicht konkurrieren. Wir sollten sehen, daß wir die betreffenden Zweigvereine dazu bringen könnten, einen höheren Lohn zu erhalten. Die Unternehmer machten das Angebot, den jetzigen Vertrag auf drei bis fünf Jahre zu verlängern, womit die Lohnkommision sich doch nicht einverstanden erklären konnte. Unser Gauvorsitzender, Kollege Silberschmid, der auch der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebhafte Diskussion. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Meister, den Vertrag auf drei bis fünf Jahre mit 85 Pf. Stundenlohn zu verlängern, einstimmig abgelehnt. Die Forderung von 40 Pf. Stundenlohn soll hochgehalten werden. Es wurde der Verhandlung bewohnt, stellte den Antrag, die Unternehmer und die Lohnkommision möchten sich die Sache nochmals überlegen und zu geeigneter Zeit wieder in einer Verhandlungentreffen. Über den Bericht entspann sich eine lebh

dob sie nicht mehr ihren Kollegen in den benachbarten Orten bei jeder Gelegenheit hindern in den Weg treten, sondern Schüler an Schulter mit ihnen die Abmachungen, die mit den Unternehmern getroffen sind, durchsetzen helfen.

In Plauen L. Vogtl. fand am 18. Februar im Restaurant "Zur Linde" eine öffentliche Maurerversammlung statt, welche sehr stark besucht war. Zum ersten Punkt: "Einführung der gebündigten Arbeitszeit". Rechte Kollege Förster es den Auswesenden klar, wie notwendig es sei, das schon sechs Jahren Gedorderte durchzuführen. Eine dahingehende Resolution fand einstimmige Annahme. Eine rege Debatte entpann sich über die Altstandorte. Es wurde den Kollegen an's Herz gelegt, dies Arbeitssystem so viel wie möglich zu vermeiden. Demangelt wurde, daß die organisierten Kollegen von den umliegenden Städten es nicht für nötig hielten, sich anzumelden. Weiter wurde beschlossen, den Beitrag für den Unternehmensfonds von 10 % wöchentlich vom 28. Februar zu erheben.

Am Sonntag, den 16. Februar, lagte in Potsdam bei Glaeser eine öffentliche Maurerversammlung, welche trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Die Lohnkommission erläuterte Bericht über die bis jetzt geprägten Verhandlungen mit dem "Arbeitsgebund". Die Kommission hatte bis jetzt noch keine Gelegenheit, in mündlichen Verhandlungen einzutreten, da die Unternehmer zunächst folgende Fragen beantwortet haben wollten: 1. Sind Sie Maurer geschickt, arbeiten Sie am höchsten Ort, bei wen und wie lange? 2. Von wem sind Sie beauftragt? 3. Wenn Ihre Vollmachtsgeberin, die am 25. v. M. einberufene öffentliche Maurerversammlung war, wie viel Schleißheimer arbeiten bei Mitgliedern unseres Verbandes? Dach Fragen sind von der Kommission beantwortet worden, worauf eine Zulassung zuging, aus der wir den letzten Absatz hier folgen lassen: "Wir sehen uns deshalb geneigt eine Verhandlung mit Ihnen abzuzeichnen, sind jedoch bereit, mit einer Kommission aus den Gelehrten, die bei den Mitgliedern des bisherigen Arbeitsgebundes in Arbeit stehen, in Unterhandlung zu treten. Wir überlassen es Ihnen, für die Zusammenfügung einer solchen Kommission Sorge zu tragen." Die Kommission war nun zu der Ansicht gekommen, auch diesem Wunsch gerecht zu werden und Ende Februar oder anfangs März eine Versammlung zu diesem Zweck abzuhalten. Den Unternehmern muß wohl die Zeit zu lange dauern, denn sie stießen sich hinter den Gesellenauskunfts und beauftragten denselben, so schnell wie möglich eine Versammlung zur Wahl einer Lohnkommission abzuhalten, welches auch am 9. Februar geschah. Als der schwach beladenen Versammlung wurde dann eine 16gliedrige Kommission gewählt, welche sich mit der alten Lohnkommission in Verbindung setzte; beide Kommissionen haben eine Unterkommission von drei Mann zur Verhandlung mit den Unternehmern einzustellen, welche Abmachungen auch die Versammlung zu stimmen. Über auch diese Kommission batte den Herren "Arbeitsgebunden" nicht, sie erledigen einzuspielen, weil Kommissionenmitglieder bei Unternehmern arbeiten, die weiter der Junta noch dem "Arbeitsgebund" angehören. Die Versammlung beschloß jedoch einstimmig, die Kommission anzuerkennen und dies dem "Arbeitsgebund" mitzuteilen. Im Punkt "Verschiedenes" wurde allerfeindlich kritisiert, daß in Arbeitserinnerungen immer noch ein Platz zu finden ist, welches in jeder Ansicht in brutalster Weise die Arbeiter mit Schmach bewirkt. Es ist nun doch endlich Zeit, daß dieser Schmach binnenskommt und eine unfeine Interessen vertretende Presse, die "Brandenburger Zeitung", bei Arbeitserinnerungen nichts mehr Eingang findet.

Der Zweigverein Schmölln i. S. A. hielt am 8. Februar seine regelmäßige Versammlung ab und beschäftigte sich mit den im vorigen Herbst den Unternehmern eingerichteten Forderungen. Die Herren Meister haben bis heute noch keine Zeit gefunden, auf die Forderung zu antworten. Von der gut besuchten Versammlung wurde einstimmig beschlossen, auf keine mündliche Verhandlung von einzelnen Personen einzugehen und die gestellten Forderungen aufrecht zu erhalten. Runddem der Vorstige bekannt gemacht, daß die Mitgliederzahl von 60 auf 78 gefüllt und die Kollegen erwähnt worden, die noch fernstehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Mitglieder von Schmölln i. S. B. wurden aufgefordert, die Versammlungen selber zu besuchen. Am 8. Februar waren bloss noch Kollegen erschienen, obwohl der Jahres- und Kassenbericht erzielt werden sollte. Auch sonst ist doch Menschen zu befreien, was zur Verbesserung unserer Lage dienen kann.

Am 15. Februar stand im Vereinslokal ("Weihes Hof") in Schwanebeck eine ziemlich gut besuchte öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Bendlers Holzberndt hielt einen Vortrag über: "Zweck und Augen der Organisation". An den Vortrag stieß sich eine rege Debatte. Allesamt wurde anerkannt, daß es notwendig sei, sich der Organisation anzuschließen. Es ließen sich dann auch alle Kollegen aufnehmen, während sich einige weitere Verhandlungsberechtigte bereit erklärten, in nächster Zeit gleichfalls dem Verband beizutreten.

Der Zweigverein Stendal hielt am 8. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Trotzdem eine wichtige Tagessorgung zu erledigen war, hatten die Kollegen es nicht für nötig gehalten, zahlreich zu erscheinen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Kollegen das Andenken des jüngst verstorbenen Kollegen Wilhelm Siebert durch Gedenken von den Blumen. Als Delegierter zum Bauarbeiterkongress wurde Adolf Brandt und zur Gaulandfernz nach Magdeburg A. Brandt und Emil Precht gewählt. Kollege A. Brandt reichte über die einzelnen Punkte des vom Verbandsvorstand beigebrachten Entwurfes der neuen Verbandsordnung aus. Der Vorstige leitete die eingehenden Beratungen sehr geschickt. Das durch die Mitgliederzahl von 10 auf 12 erhöhte Verbandsvorstand wurde bestimmt, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstige erläuterte die Abrechnung vom vierten Quartal und gleichzeitig der Jahresbericht über Einnahme und Ausgabe der Losalfasse der Vereine. Die Losalfasse hatte eine Einnahme von M. 269,62 und eine Ausgabe von M. 187,11, also Kasinofond verblieben M. 82,51. Die Mitgliedschaft der Abrechnung wurde von den Devisoren bestätigt. Hierauf erging der Vorstige, daß seit einem kurzen Lebtdauer über das verflossene Jahr. Die Mitgliederzahl betrug 78, davon sind uns infolge des Streiks sehr abtrünnig geworden. Die geschäftlichen Angelegenheiten des Zweigvereins wurden in 20 Vorstandssitzungen, 12 Mitglieder und 5 Extraversammlungen erledigt. Der Vorstige dankte den Kollegen für das dem Verband entgegengebrachte Interesse. Auf Antrag wurde dem Vorstigen sowie dem Kassirer eine Vergütung von je M. 15 gewährt. Hierauf wurden die Abgaben zum Vorstand vorgenommen. Als Vorstiger wurde Kollege A. Brandt und als erster Kassirer Kollege A. Brandt gewählt. Zum Schluß wurde noch ein Kollege aufgenommen. Die Versammlung war ziemlich gut besucht.

Dann kam es nicht vorkommen, daß eilige Kollegen mit ihren Beiträgen 13 bis 14 Wochen im Rückstand sind. Nochmals, Kollegen, wacht auf und halte fest und treu zur Organisation.

In Stettin fand am 18. Februar eine öffentliche Maurerversammlung im Lokale des Herren Buchholz statt. Stadtvorsteher Hanisch hielt einen Vortrag über die Entwicklung der Gewerkschaften. Zum Schluß seiner brillant aufgenommenen Ausführungen kam Redner auch auf die derzeitige politische Lage zu sprechen, die Anwesenden aufzufordern, bei der demokratischen Wahlversammlung für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten ganz energetisch einzutreten, gleichfalls den Volksbuden durch Abonnement zu unterstützen und dem Sozialdemokratie Wahlgremium als Mitglieder beizutreten. In der Diskussion sprach Kollege Schaefer im Sinne des Referenten. Es soll vorgerufen werden, daß an den Befolbenden den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, dem Sozialdemokratischen Verein beizutreten zu können. Kollege Moritz rügte den schwachen Besuch der Versammlung. Erst wiederholte Einladung durch Annoncen ist der Besuch viel zu wünschen übrig.

Am 14. Februar hielt der Zweigverein Striegau eine Versammlung ab, welche leider sehr schwach besucht war. Zur Verhandlung stand zunächst die Lohnreduktion seitens des Unternehmers Meißner. Kollege Krieg machte die Mitteilung, daß dieser Unternehmer pro Stunde 4 M. in Abzug gebracht habe, angedeutet nur für die Zeit des Winters. Wenn aber, so meint Redner, die Maurer sich nicht besser an der Organisation beteiligen würden, würde Meißner wohl nicht daran denken, den Lohn wieder zu erhöhen. Krieg sowohl als Möller, Kreulau kritisierten in saurer Weise, die ganz unvollständigen Lohnabzüge, nicht minder aber auch die unverantwortliche Laufzeit der Kollegen. Hoffmann betonte mit Nachdruck, daß in dieser Versammlung mindestens die bei Meißner beschäftigten Maurer hätten antreden müssen. Von Möller wurde noch dringend empfohlen, rechtzeitig die Haushaltung zu befreien. Es wurde auch demgemäß beschlossen.

Aus Tangermünde wird berichtigend mitgeteilt, daß Kollege Küttau nicht als Delegierter zum Verbandsstag, sondern zum Gaulog in Magdeburg gewählt wurde.

Am Sonnabend, den 14. Februar, hielt der Zweigverein Uetersen seine Mitgliederversammlung ab, welche leider sehr schwach besucht war. Die verehrten älteren Kollegen halten es nicht für läßig, wenn die jüngeren Kollegen versuchen, die Lohnkommission zu bestimmen, daß die Meister unsere Forderungen, Schornsteinarbeiter mit 70 % und Meisterarbeit mit 65 % zu bezahlen, anstrengen, aber vom 1. Mai als Feiertag wollen sie absolut nichts wissen. Von der Versammlung wurde beschlossen, die Punkte fallen zu lassen, weil doch nicht sämtliche Kollegen zu bewegen sind, zu feiern. Alsdann wurde noch schriftlich, daß die größeren Zweigvereine immer das Recht sich in Aufmarsch nehmen, einen Delegierten zum Verbandsstag zu senden; die kleineren werden dabei zur Seite gedrängt. Wir möchten den größten Zweigvereinen empfehlen, auch einmal kleinere Vereine an die Reihe zu lassen und zu unterstützen.

Am Dienstag, den 17. Februar, hielt der Zweigverein Velbert i. Rhld. im Lokale "Waldbesluß" wiederum eine Mitgliederversammlung ab. Fast sämtliche Mitglieder von Velbert waren erschienen. Ein Kollege ließ sich in den Verband aufnehmen. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Lüttje als Vorsitzender und Moritz als Kassier gewählt. Von der Wahl eines "Grundstein"-Posturors resp. Hülfsschaffers wurde Abstand genommen, da der Vorstand das Einsafieren der Beiträge und die Verbreitung des "Grundstein" selbst übernahm, um zu verhindern, daß die Kollegen in Rückstand mit ihren Beiträgen kommen. Jeder Kollege ist über verpflichtet, jeden Monat eine Kolportagetafel von 10 % zu leisten. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Lohnfrage. Da im Frühjahr in Velbert eine sehr gute Baufonctionkur beobachtet wurde, wollen auch die Maurer wieder das erringen, was ihnen die Unternehmer in der Zeit der Krise abnahmen. Es wurde eine Lohnkommission gewählt, die einen Lohn- und Arbeitsklausur auszuarbeiten und in der nächsten Versammlung den Mitgliedern zu unterbreiten hat. Auch beschäftigte man sich in dieser Versammlung mit den Bauarbeiterkongressen. Es ist eine Verständigung mit den anderen Organisationen erzielt worden. Zum Schluß der Versammlung machte Kollege Moritz darauf aufmerksam, daß die Versammlungen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat stattfinden. Weiter wurden die Mitglieder aufgerufen, den "Grundstein" fleißig zu lesen.

Am Sonnabend, den 31. Januar, hielt der Zweigverein Waren eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Als erster Punkt wurde die Abrechnung vom vierten Quartal und gleichzeitig der Jahresbericht über Einnahme und Ausgabe der Losalfasse der Vereine. Die Losalfasse hatte eine Einnahme von M. 269,62 und eine Ausgabe von M. 187,11, also Kasinofond verblieben M. 82,51. Die Mitgliedschaft der Abrechnung wurde von den Devisoren bestätigt. Hierauf erging der Vorstige, daß seit einem kurzen Lebtdauer über das verflossene Jahr. Die Mitgliederzahl betrug 78, davon sind uns infolge des Streiks sehr abtrünnig geworden. Die geschäftlichen Angelegenheiten des Zweigvereins wurden in 20 Vorstandssitzungen, 12 Mitglieder und 5 Extraversammlungen erledigt. Der Vorstige dankte den Kollegen für das dem Verband entgegengebrachte Interesse. Auf Antrag wurde dem Vorstigen sowie dem Kassirer eine Vergütung von je M. 15 gewährt. Hierauf wurden die Abgaben zum Vorstand vorgenommen. Als Vorstiger wurde Kollege A. Brandt und als erster Kassirer Kollege A. Brandt gewählt. Zum Schluß wurde noch ein Kollege aufgenommen. Die Versammlung war ziemlich gut besucht.

Zur Abwehr gegen die "christliche" Agitation in Oberschlesien.

Aus Oppeln wird uns geschrieben:

Eine recht dumme Hesegelrede wurde hier am ersten Sonntag dieses Monats in der Versammlung eines katholischen Vereins vorgelesen. Buer hatte natürlich der Herr Präses des Vereins, Kaplan Strzybnik, das Wort zu einer wohlgespickten Verdammungsrede gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen ihre Führer. Dann konnte ein gewisser Spyra anscheinend ein Unternehmen, folgendes Sammelcurium unverdauter Phrasen wiederholen:

"Es wird immer von Gewerkschaften und Sozialdemokraten oder Sozialisten gesprochen, welche die Gleichheit haben wollen. Aber selbst im Himmel haben wir keine Gleichheit; denn dort befinden sich auch verschiedene Stufen; da haben wir verschiedene Heilige, Engel und Erzengel. Die Gleichheit ist

nämlich so zu verstehen: Die Sozialisten wollen, daß alle Leute auf der Welt das Gleiche besitzen; es darf einer nicht mehr haben, als der Andere. Deswegen müssen wir immer gegen die Sozialdemokraten arbeiten, und kein Katholik darf so einer Gemeinschaft beiitreten, weil sie eine Gemeinschaft den sozialdemokratischen Geist hat. Durch seine Zugehörigkeit stärkt er bloss die Sozialisten, und wenn dieselben stark genug sind, dann greifen sie auch das Militär an und fangen an, ihre Propaganda in Thalbachen umzusetzen.

Alljo die nehmen es den Reichen weg und verheißen es an die Armen, daß jeder das Gleiche besitzt. Da föhrt Ihr Gott den, was das für Ordnung sein wird. Dann sagen alle Arbeiter: Fieh' brauchen wir nicht mehr zu arbeiten, wir sind jetzt reich genug. Und dann werden wieder die Demokraten durch das Militär die Arbeiter zur Arbeit zwingen müssen.

Das ist also das Ziel der Sozialisten. Und auch bei uns fangen sie schon an zu betreiben und zu agitieren, um das moderne Sklaventum zu bilden."

Man kann wieder der Herr Präses:

"Der liebe Gott will, daß die Gleichheit auf Erden nicht haben; denn er habe eine Mensch eine lange Zeit gegeben und dem anderen eine kurze (solcher Mensch sucht der Herr Kaplan noch mehrere an den Mann zu bringen); und deswegen seien die Sozialisten immer im Irrthum. Als ein Mitglied unserer Gemeinschaft auf die erbärmlichen Löhne hinwirkt, die in Oppeln und Umgegend gezahlt werden, und daß ein Familienvater schon im Sommer nicht im Stande ist, genug Brod zum Betteln und Altes, was zur Leibesnotdurft gehört, aufzuhauen, geschweige denn im Winter, da befiehlt der Diener Gottes" die Unverantwortlichkeit zu erklären:

"Die Arbeiter seien bloss zu verdorben und gewohnt, gut zu essen und zu trinken. Bei M. 2,80 Taglohn im Sommer können die Arbeiter so viel ersparen, daß er im Winter anständig leben könnte." Bei der sogenannten Kolode (Kołoda) will der Kaplan die Erfahrung gemacht haben, daß Familienväter von sieben Kindern in der Gemeinschaft M. 1,50 pro Tag verdienen und sehr anständig davon leben. Die Kinder seien sogar alle glatt und fröhlig aus. Da gegen hat der fröhliche Ehemann auch andere Männer angestellt, die keine Sitzel anzuziehen halten, um in die Kirche gehen zu können, trotzdem diese Arbeit ebenfalls das "schöne Gold" (M. 1,50) in der Gemeinschaft verdienen. Natürlich hat diese leichte Sorge Menschen Alles verloren, und sie ist dem Teufel und der Sozialdemokratie verdient.

Unter Berichterstatter sagt zum Schluß: "Den Pfaffen ist ein Mittel zu schlechtem, um die Arbeiter (besonders kommen die Maurer in Betracht) gegen die Organisation (Gewerkschaften) aufzuhetzen. Von der Kanzel herab und in Versammlungen werden die Anhänger der Gewerkschaften bearbeitet, die Hölle wird ihnen in den glänzendsten Farben vorgemalt und angedroht, wenn sie sich der sozialdemokratischen Gewerkschaften anschließen bzw. befreuen, daß sie den Rücken kehren. Gelegentlich der erzählten Kolode oder Kołoda (der Gottliche geht von Gott zu Gott und bringt das "Ego Gottes" in die Hände) hat der Kaplan entgegen der früheren Gewohnheit auch die armste Proletarierbevölkerung besucht und Arbeiter sowohl als Bauern, wie er sie gerade angetroffen, als Mitglieder für den sozialpolitischen Arbeiterverein zu gewinnen versucht. Und durch diesen Verein wird dann hauptsächlich die Propaganda gegen die Gewerkschaften betrieben.

Noch eine andre Organisation sei schließlich erwähnt: Die "christliche Maurergemeinschaft", von der die Arbeiter eine Befreiung ihrer Interessen durchaus nicht zu erwarten haben. An der Spitze dieser "Gewerkschaft" steht ein Maurerpartner Nameis Kasperk, der im vorigen Jahre nach Wrig Steibl brecher ließ.

Das Geschwätz der Herren Strzybnik und Spyra widerlegen zu wollen, wäre zu viel verlangt; denn mit Leuten, die solchen Blödsinn vortreiben, ist überhaupt nicht zu diskutieren. Um aber unseren dortigen Gewerkschaften das Motiv zu stärken, wollen wir einige Ausprüche von haraborgenden katholischen Geistlichen hierher legen. Vielleicht dürkte auch unser Herr Kaplan dadurch zum Nachdenken angeregt werden und zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse und der wirklichen Aufgaben eines "Seelenherrn" kommen.

Der katholische Bischof von Ireland von St. Louis (Amerika) sagte in einer Rede an die französische Jugend im Jahre 1892: "Man redet dem Volke nur von seinen Pflichten, von der Geduld, der Ergebung und verpreßt ihm lediglich eine Befreiung in der Ewigkeit. Das ist nicht die Sprache des christlichen Glaubens. Sagt dem Volke um's Himmels willen nicht: habe ich der Geduld. Wie viel Gutes können wir der Gemeinschaft nicht thun, wenn wir uns erinnern, daß das sittliche Leben zum großen Theil von der Lage und den Umständen abhängt, unter denen der Mensch von Tag zu Tag lebt. Ein englischer Schriftsteller hat sehr gut gesagt: Predigt daß's Evangelium nicht einem leeren Magen; er wird es nicht hören. Und das ist als allgemeine Regel richtig. Man muss also sagen: Predigt nicht zu die Tugend, es ist denn, daß die Umstände, unter denen diese armen Menschen leben, die Tugend leicht machen".

Der katholische Bischof von Oppeln auf dem Hülfss Kongress der Christen Auseinandersetzung 1893:

"Die Arbeit ist ein Glück, wenn durch sie der Mensch der Sklave des Hoses und ihm ähnlich wird. Der Reichtum der Nationen ist eine dem Schöpfer in's Angesicht geschleuderte Gotteslästerung, wenn die Menschen gegen ihre Gottesrechte und wenn ihre Aushäufung die Menge zum Elend und zur Sünde werden, diese armen Menschen leben; die Tugend leicht machen".

Eben dort sprach der katholische Bischof Keane: "Christus kommt (in der Vergangenheit) sein 'Ichtig' über die Armut auszusprechen, aber nicht über die Hülflosigkeit. Christus und seine Jünger waren arm, aber sie banden sich nie in Hülflosigkeit und Elend. Es ist

ein Jütlum, wenn man denkt, daß Gottes Gemeinschaft ihre Sanktion und ihren Segen dem Elend und der Not gebe."

Der katholische Abt Curel sagt in seinem Buche "Über einen christlichen Sozialismus in der Arbeitersfrage," 1885:

"Wenn der Sozialismus die unsinnige und verbrecherische Sache gewesen wäre, als die man ihn vor einigen Jahren bezeichnet hat, so wäre er gestorben und in dem Gedächtnis der Menschen erloschen, wie es mit hundert anderen Dingen geschehen ist, die nach mehr oder minder flüchtigen Versuchen ohne anderes Ergebnis, als einige Gehirne auf kurze Zeit beschäftigt zu haben, wieder verschwanden. Alles muß aus überzeugen, daß auf dem Grunde des Sozialismus sich einige große Wahrheiten oder, besser gesagt, einige ernste Fragen um ebenso ernste Wahrheiten befinden müssen."

In einer Rede zum hundertjährigen Bestehen der katholischen Kirche in Nordamerika sagte der schon erwähnte Bischof von Freiburg:

"Unser Jahrhundert ist ein Jahrhundert der sozialen Kämpfe, deren Zweck es ist, Gerechtigkeit für alle zu erreichen, das Recht für jeden Menschen, ein bescheidenes Wohnbeispiel zu genießen, wie es vernünftigen Menschen gebührt. Wenn die Arbeiter gegen die unüberwindliche Organisation des Kapitals zu kämpfen haben, so muß die Kirche sich auf die Seite des Volkes stellen. Welches immer die Fehler der Arbeitervereinigungen sein mögen, die Verbrechen der Arbeitgeber sind ganz andere. Welt entfernt, Dicjenigen zu verurtheilen, die sich derselben zu widersetzen suchen, müßt sie die Kirche unterstützen, so lange sie auf dem guten Wege sind."

Das schreckliche Werk Sozialismus ist, in seinem ersten Range, der Verzweiflungskrieg der hungrenden Menschen, auf denen die schwere Hand der Habhaft und der Ungerechtigkeit lastet. Die Grundlage dieser Forderungen stützt sich auf die Kirchensehnsucht, derzu folge das Menschengeschlecht nicht bis zum Vortheil einer kleinen Zahl da ist und das Privateigentum zum Gemeineigentum wird, johab der allgemeine Niedergang vor der Thür steht."

Und was sagte der katholische Bischof von Mainz, 18. v. Februar, der erst dieser Lage im Reichstage von Bismarck abgeordneten als der wahre Arbeitersünden ausgetragen wurde? Der Mainzer Bischof sagt in einer Rede an katholische Arbeiter im Jahre 1885:

"Die Gottlosigkeit des Kapitals, das die Arbeiter als Arbeitskraft und Masse bis zur Zerstörung ausnutzt, muß gebrochen werden. Sie ist ein Verbrechen am Arbeitersstand und eine Entwürdigung desselben."

Das Verbreten nach rechtmäßiger Erhöhung des Lohns ist gewiß nicht verwerthlich. Das ist die menschliche Arbeit auch entsprechendem Lohn empfängt, ist eine Fortsetzung der Gerechtigkeit und des Christenthums. Wo immer die Arbeitszeit über das in der Natur und in den Märfüchten auf die Gesundheit grundende Maß ausgedehnt ist, da haben die Arbeiter ein wohlgegründetes Recht, durch eine heilige Zusammenwirkung dieser Missbrauchs der Gelbmacht zu befämpfen."

Bischof v. Ketteler antwortete ausdrücklich die Befürfe der Gewerkschaften und ihrer sozialdemokratischen Führer um die Erhöhung des Lohnes, die Verkürzung der Arbeitszeit etc., und sprach in der Versammlung offen aus: Ihr seht daraus, aus seinen herausgegangenen Wörtern, daß ihr auch als katholiken Euch den Bestrebungen und den Bewegungen des Arbeitersstandes ohne Verlegung der Grundsätze Eurer Religion in großem Umfang anzuschließen dürft."

Diese Stände aus Reden und Schriften hervorragender katholischer Geistlichen dürfen für heute genügen. Sollen die Herren Pfarrer und Kaplanen in Oberchristen den Wunsch nach mehr Lehreng zu erkennen geben, dann wollen wir Ihnen gerne dienen.

## Krankenkasse.

Die Filiale Berlin der Centralkrankenkasse "Grundstein zur Einigkeit" hielt ihre Generalversammlung am Sonntag, den 3. Februar, im Gewerkschaftshaus ab. Die Abrechnung für das 4. Quartal ergab eine Einnahme (Infl. M. 1748,36 Betraut) von M. 87 986,86, eine Ausgabe von M. 86 936 (Barunter sind M. 8000 an die Hauptkasse gesandt). Es verbleibt somit ein Bestand von M. 1086,86. Die Zahl der Mitglieder beträgt 6007. Aufgenommen wurden 162. Die Gesamtjahreserstattung betrug (Infl. M. 8504,25) M. 158 758,12. Die einzelnen Ausgaben verteilen sich wie folgt: Krankengeld 1. Klasse M. 66 540, 2. Klasse M. 9580, an Angestellte M. 4723,23, Unfall-Geld M. 569,76, Sterbegeld in 35 Fällen M. 4412,50, Arztonar M. 11 126, Medizin-rc. M. 8529,75, erste ärztliche Hilfeleistung M. 891,06, Bader M. 3684,85, Brillen- und Bandagen M. 887,05, Bahnjähne und Fahrtkasse M. 1050,25, Waslage und Schreibp. M. 154,35, Krankentransport M. 235,15, an Krankenanstalten M. 13 127,21, laut § 5 § 2 und 3 des Statuts M. 62, zurückgezahlte Beiträge M. 10,80, Prozeßosten (in Sachen Amts) M. 25,06, 62 vgl. Verwaltungskosten M. 9169,25, an die Hauptkasse gelangt M. 15 500. Im Anschluß hieran gab der Beobachtungszeit einen Jahresbericht. Die durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1901 betrug 4565, im Jahre 1902 4851. Es erkranken an (bei Zahlen in Klammern sind für 1901): Lungenskatarch 136 (133), Bronchialkatarch 52 (56), Tbcios 18 (22), Luftröhrenkatarch 56 (64), Magen- und Darmskatarch 188 (98), Influenza 86 (126), Rheumatismus 264 (280), Infekte 277 (184), Halsopharynx 44 (11), Geschlechtskrankheiten 28 (80), Herbenleiden 62. In Heilstätten befanden sich 80 (87) und in Krankenhäusern 165 (115) Mitglieder. Dann schilderte der Vorsitzende das Verhältnis der Kassen zu den Ärzten und kam auf den Apotheken-Vorstoß zu sprechen. Bei den dann vorgetragenen Wahlen wurde Paul Hofmann als erster Beobachtungsmitglied und als zweiter Kassierer gewählt. Als dritter Punkt wurde der Antrag Giersbach: "Bei Anstellung von Aerzten mehr Naturheilsärzte zu berücksichtigen" diskutiert.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc.

München. Beim Neubau des Amtsgerichts in der Au fügte am 20. Februar, Nachmittags 5 Uhr, ein Maurer infolge eines Sturzes tödlich in die im Gang befindliche Betonmaschine und wurde zwischen den Säulen dieser Maschine festgestellt eingeklemmt, daß es einer halbstündigen angestrengten Tätigkeit bedurfte, um den Verunglückten aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Der Mann hatte Haubtschürungen an verschiedenen Körperstellen und anscheinend Frakturen an Verletzungen erlitten. Sein Feuerhausbau an der Blumenstraße stürzte am gleichen Tage, Abends 6 Uhr, eine Tafelblöcke in der Dunkelheit in einen 5 m tiefen Keller hinab, wo sie mit innen Verlebungen ohnmächtig liegen blieben.

Osnabrück. Beim Abriss eines Hauses wurden am 17. Februar vier Arbeiter verletzt; einer war sofort tot, ein zweiter wurde direkt aus den Trümmern herabgezogen.

Würzburg. An einem Neubau an der Bahnhofstraße fiel der Maurer Herm. Spiegel aus beträchtlicher Höhe herab und erlitt eine schweren Schädel- und mehrere Hautabschürfungen. Die Maurer waren beim Jagen und hatten nur ein paar Breiter unter sich. Es ist sehr bedauernswert, daß die Kollegen so überaus leichtfertig ihr Leben auf's Spiel setzen. Der Unternehmer des Daches heißt Berg. Der hat wahrscheinlich keine Zeit gehabt, sich um den Gerüstbau kümmern. Die Herren Meister sind ja immer so viel beschäftigt.

\* **Gehölz- und Baumkunst in Kiel.** Schon wieder ein heiliger Vorwurf. Die "Faz." berichtet darüber: "Am Mittwoch, 18. Februar, Nachmittags um 5 Uhr, stürzte an einem vom Maurermeister Reimer in der Wilhelmstraße errichteten Neubau der eine Giebel ein. Der Einsturz ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß an dem Giebel ein freischwebendes Gerüst angebracht war, auf dem hier Personen thätig waren. Wohl unter der Last des Gerüstes mit den Personen und dem Material kippte der Giebel über und stürzte mit sämtlichen Handwerkern in die Tiefe. Die ganze Masse stürzte auf das Dach eines niedrigen Nebengebäudes und durch dasselbe hindurch. Während der Maurer nur leicht verletzt wurden, wurde der vierte, Name Larsen, ziemlich erheblich verletzt, so daß er mittels Krankenwagen nach seiner Besserung gebracht werden mußte. Die sofort alarmierte Feuerwehr eilte unter Leitung des Branddirektors, Freiherrn v. Postle, mit zwei Gasdrücken, dem großen Leiter und zwei Krankenträgern nach der Unfallstelle. Auch Bürgermeister Lorenz eilte sofort nach der Unfallstelle und traf die erforderlichen Anordnungen. Von anderer Seite wird über den Unfall noch folgendes gemeldet: Die Bauarbeiter Larsen und Bieberton erlitten schwerere Verletzungen am Kopf und den Händen, die Maurer Anderen und Larup leichtere. Der in Frage kommende Neubau ist als Fabrik für die Dampftischler Kähler bestimmt. In den ersten Tagen dieser Woche wurde das Haus gerichtet und am Mittwoch waren die Maurer damit beschäftigt, die nördliche Giebelwand beim Dachstuhl aufzufügen. Die beiden verunglückten Bauarbeiter waren im Begriff, einen Güte Zement auf das Baugerüst zu tragen. Wie Angenommene berichten, geriet das Baugerüst durch das gleichzeitige Abreißen der Bemalung in's Schwanken, fiel um und riß einen Theil der Giebelwand zusammen, den auf dem Gerüst befindlichen vier Personen in die Tiefe. Maurer- und Gerüst durchdrangen das Dach eines angrenzenden Lagerhäuspens der Firma Ihms & Graf und zertrümmerten auch die Außenmauer dieses kleinen Gebäudes. Die Arbeiter wurden von den Trümmern bedekt, konnten aber bald in Sicherheit gebracht werden."

\* **Baumkunst in Schwäbisch Gmünd.** Am Donnerstag, Nachmittags gegen 14 Uhr, stürzte das im Bau begriffene Haus des Buchdruckers Flum an der Waldbüttelerstraße in sich zusammen, wobei fünf Arbeiter verletzt wurden. Einer wurde unterlegt herausgezogen, unter erlitten leichte und einer schwere Verletzungen. Der fünfte, ein 21jähriger Bauarbeiter, wurde nach zweistündiger Aufräumungsarbeit als Leiche geborgen.

## Aus Unternehmertümern.

\* In der "Handels-Zeitung" fanden wir dies Interat:

**Maurer gesucht.**

**Städter oder schlesische Maurer** im Streitgebiet nach Norddeutschland sofort gesucht. Offerten unter Angabe der Lohnforderung sind an die Csp. d. B. unter K 102 zu richten.

Wie uns glaubhaft versichert wird, stand in einer Zeitung, die speziell die Interessen der Grubengehörlümer und Hausarbeiter betrifft, folgendes Interat:

**Maurermeister,**

**böhmisches, holländische, italienische**, die gewillt sind, die Arbeitsvermittlung zwischen Grubengehörlümer und Maurern im Gebiet des "Vier-Städte-Bundes" zu übernehmen, wollen sie melden beim Generalagenten

F. Asching.

## Aus anderen Berufen.

\* **Die Schreinigkeiter** streiten in Offenbach und Frankfurt a. M. um die Einführung der 8½ stündigen Arbeitszeit und entsprechende Lohnherhöhung.

\* In Bremenhaven standen die Hafenarbeiter mit mehreren Hundert Mann einige Tage im Streit, weil ein Kollege wegen Differenzen mit einem Vorarbeiter entlassen worden war. Die Unternehmertümern ist den Streitenden entgegengekommen und hat den Gewerbezugewalten wieder eingefüllt. Der Streit soll gerichtig ausgetragen und dann der Schuldige entlassen werden.

\* Die Zahlstellen von Berlin und Umgegend des Steinfeuerverbandes haben beschlossen, sie die Zeit vom 1. April bis Mitte November die Arbeit zu lösen unterstützung einzuführen. Es soll zu diesem Zweck ein Erbteilbeitrag von 20 & möglichst erhoben werden. Die Berliner Mitglieder haben als Konz. M. 8000 zur Verfügung gestellt. Die Unter-

stützung tritt vom siebten arbeitslosen Tage ab auf die Höchstdauer von acht Wochen ein.

\* **Im Verband der Bäcker** ist laut Jahresbericht 1902 die Mitgliederzahl von 4651 (1901) auf 4780 gestiegen. Dies sind die Durchschnittszahlen für das ganze Jahr; im 4. Quartal 1902 betrug die Mitgliederzahl 4897. Seit dem Jahre 1895 wurden insgesamt 25 810 Mitglieder aufgenommen, im Berichtsjahr 3714. Die Fluktuation war also ungeheuer groß. Die Gesamteinnahme infl. M. 9916,16 Riesenland betraf sich auf M. 79 571,24, die Gesamtausgabe auf M. 47 128,17. Der Überstich hat sich also gegen das Vorjahr um M. 22 529,91 erhöht. Unter den Ausgaben nahmen die für Verwaltung den größten Posten ein, insgesamt (persönlich und sachlich) M. 28 407,42, davon in den Mitgliedschaften M. 16 611,78. Für Agitation wurden M. 6856,72 verausgabt, für Streiks M. 1661,80, für Unterstützung Gewerbezug M. 1678,70, für Reichsunterstützung M. 1070, für Reichsflag M. 955,24.

\* **Jahresbericht des Steinarbeiterverbandes.** Der Vorstand dieser Organisation veröffentlichte neben seinem Tätigkeitsbericht und die Rechnungsberichte des Jahres 1902. Die Einnahme aus Beiträgen belief sich auf M. 72 484,54, die Gesamteinnahme infl. Riesenland und Kapitalzinsen auf M. 132 644,02. Die Gesamtausgabe betragen M. 82 021,38. Der Überstich erhöhte sich von M. 43 019,86 im Vorjahr auf M. 50 622,64. Als Ausgabenposten sind aufgeführt: Streitunterstützung M. 31 924,72, Verwaltung M. 15 648,77, Reiseunterstützung M. 14 957,76, Druckosten M. 8997,76, Agitation (schriftliche und mündliche) M. 5406,87, Mahregelungsbuntersützung M. 2215,60, Beitrag an die Generalkommission M. 1800, Umzugskosten M. 640,70 und Reichsflag M. 429,77. Unter Verwaltungskosten sind mit eingeschlossen M. 4225,40 Kongresskosten, sowie das Verbandsporto für das Fadorgan im Bericht von M. 1991,60. Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß die Organisation nicht unerheblich zurückgegangen ist, obwohl sie auch im Vorjahr nicht glänzend dastand. Von den in Deutschland beschäftigten ca. 95 000 Steinarbeitern gehörten nach dem vorjährigen Bericht 8000 der Organisation an, bei der Urabstimmung über Einführung einer Krankenversicherung wurde aber nur 8000 Mitglieder in 128 Orten ermittelt. In der Abrechnung sind zwar 191 Zahlstellen (in manchen Orten mehrere) namentlich aufgeführt, davon sind aber 56 als aufgelöst bezeichnet. Die Gesamteinnahme blieb um M. 29 926,04 hinter der des Vorjahrs zurück.

\* **Die Vereinigung der Maler, Lackierer etc.** hat im abgelaufenen Jahr nach der soeben veröffentlichten Abrechnung eine Gesamteinnahme, vor M. 218 671,97 erzielte, darunter M. 202 170 für Beiträge. Die Gesamtausgabe belief sich auf M. 149 846,10, darunter M. 11 716,32 für Agitation, M. 19 047,50 für das Verbandsporto, M. 20 706,58 für Krankenunterstützung, M. 1080 für Steuerunterstützung, M. 2519,83 für Gewerbezugeltenunterstützung, M. 10 871,45 für Streitunterstützung, M. 56 151,98 in den Filialen, M. 7401,89 für persönliche und M. 6204,76 für soziale Verwaltungskosten. Nach den Beiträgen beträgt die Mitgliederzahl 14 808, das ist ein Mehr gegenüber 1901 von 2409 Mitgliedern. Eingerichtet sind im Berichtsjahr 1902 1757 und im Jahre 1901 10 724 Mitglieder. Seitens der Hauptstelle ist festgestellt worden, daß 64 p. 100 von 1901 neueingetretenen innerhalb des ersten Jahres wieder ausgetreten sind.

\* **Generalversammlungen im ersten Halbjahr 1903.** Das Correspondenz-Blatt der Generalkommission veröffentlichte folgende Liste über die in Aussicht genommenen Verbandsstage und Kongresse:

23. Tabakarbeiter in Dresden.	18. Sattler in Kassel.
24. Barbiere in Mannheim.	14. Gemeindebetriebsarbeiter in Berlin.
25. Bauarbeiterkongress in Bremen.	19. Schiffszimmerer in Bederdorf.
26. Bauarbeiter in Berlin.	20. Seefahrer in Hamburg.
27. Maler in Berlin.	21. Werftarbeiter in Bremen.
28. Zimmerer in Berlin.	22. Bader in Magdeburg.
29. Glaser in Leipzig.	23. Glasarbeiter in Dresden.
30. Schmiede in Halle a. S.	24. Bergarbeiter in Boitzenburg.
31. Bergarbeiter in München.	25. Metallarbeiter in Berlin.

\* **Ausland.** Der norwegische Maurerhand verband seinen dritten Verbandsstag vom 26. bis 27. Januar in Christiania ab. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Verband trotz der schweren wirtschaftlichen Krise mit ihrer enormen Arbeitslosigkeit kräftig besteht. Vor anderthalb Jahren hatte man eine leere Verbandskasse gehabt, dagegen waren jetzt die petuniären Vermöhnisse des Verbandes in guter Ordnung.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* **Wann ist ein Verlester im Sinne des Gewerbeaufsichtsverordnungsgesetzes hilflos?** Durch die letzte Änderung der Insolvenzverordnungsgesetze wurden die Leistungen der Versicherung dahingehend erweitert, daß wenn ein Verlester insoweit des Unfalls nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch darunter hilflos geworden ist, daß er für die Dauer dieser Hilflosigkeit nur selbst angenommen wird, beweist eine förmlich ergangene Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, die auch gleichzeitig für die neuere Art der Sozialpolitik des Amtes bezeichnend ist. Ein Arbeiter wird infolge eines Betriebsunfalls vollständig blind; weshalb er, gestützt auf die angeführten Gesetzesbestimmungen, die Schädigung der Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tätigkeit der Gewerbejugend vorliege, ist das, was die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Es sei zu den meisten Verlesterungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht im Stande, da die Thätigkeit der Menschen fair regelmäßig ausübt. Das ist die Augenblickszeit, in der die Gewerbejugend die Kleider an den früheren Jahresarbeitsverdienst forderte. Die Gewerbejugend lehnte aber den Antrag ab und befürwortete nur die bekannte Vollrente von 66% p. 100 des Jahresarbeitsverdienstes zu erwidern. Daß die Tät

